

Potsdamer Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Bretterstraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Kusse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 700.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 6. Oktober.

Einserate 20 Pf. die sechsgeschichtete Petitszelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Herr Baare und die Arbeiterversicherung.

Der neue Herr Handelsminister hätte sich zur Klärung seiner Projekte in Bezug auf Arbeiterversicherung keinen unglücklicheren Dolmetscher wählen können, als den Kommerzienrat Baare. Was Herr Baare will, darüber ist er zum Theil sich selbst nicht klar, theils spiegelt sich darin die nächste Interessenpolitik des Großindustriellen. Auch die neueste Buzschrift des Herrn Baare an die „National-Zeitung“, in welcher er sich gegen derartige Angriffe verteidigt, ist nur geeignet, diesen Eindruck noch zu verschärfen. Während Herr Stumm in seinem bekannten Antrage die Mittel zur Altersversorgung durch Beiträge theils der Arbeitgeber, theils der Arbeitnehmer, aufbringen will, erklärt Herr Baare rundweg, daß „die Großindustrie absolut außer Stande ist, Lasten in solchem Umfange zu tragen“. Deshalb soll die Kommune mit eintreten. Wäre dies richtig und sollte sich andererseits gleichwohl herausstellen, daß eine Arbeiterversicherung in diesem Umfange rechtlich und fittlich geboten ist, so würde der Ausspruch des Herrn Baare nur darthun, daß eine gewisse Art von Großindustrie trotz aller Schutzzölle nicht mehr im Stande ist, ihren Verpflichtungen gegen Staat und Gesellschaft nachzukommen, und ohne eine Art von Lohnzuschuß für die Versorgung ihrer Arbeiter aus den Mitteln der Kommune, d. h. aus dem allgemeinen Steuerstiel, nicht mehr bestehen kann. Bisher sollte angeblich die neue Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers gerade zur Entlastung der Kommunen und Kommunalsteuern führen. Herr Baare behauptet nun freilich, daß, wenn die Kommune ein Drittel der Beiträge für die Altersversorgung übernimmt, sie damit eine geringere Verbindlichkeit auferlegt erhält, als sie bisher auf ihrem Armenbudget getragen hat. Hierfür bleibt er aber jeden Nachweis schuldig. Andererseits hat Herr Rickert aus der Armenstatistik verschiedener industrieller Großstädte längst nachgewiesen, daß die Armenbudgets keineswegs durch alte arbeitsfähige Fabrikarbeiter unverhältnismäßig belastet werden, diese Klasse sogar verhältnismäßig wenig zur Vermehrung der Armenlast beiträgt. Die Herren Großindustriellen haben dies auch selbst stets behauptet, wenn von gewisser Seite eine stärkere Heranziehung der Großindustriellen zu den Armensteuern wegen der Vermehrung der Armenlast durch die Fabrikindustrie verlangt wurde. So gut wie zur Altersversorgung der Fabrikarbeiter könnte man auch die Kommunalsteuern zur Altersversorgung des Gesindes, der Handarbeiter, der zahlreichen selbständigen und unselbständigen Personen in der Hausindustrie heranziehen. An einer anderen Stelle seiner widerspruchsvollen Denkschrift macht Herr Baare sich übrigens diesen Einwand selbst. In Wahrheit aber handelt es sich bei Herrn Baare nicht blos um Abweitung eines höheren Beitrags der Großindustrie für die Arbeiter-Ver sicherung unter Verweisung auf die Steuerkraft der Kommunen, sondern geradezu um eine Entlastung der Großindustriellen. Herr Baare will allerdings gesetzlich etwas mehr leisten für die durch eigenes Verschulden Arbeitsunfähigen, er will aber dafür in der bestehenden gesetzlichen Leistungspflicht für die ohne eigenes Verschulden Berungslückten erleichtert sein. Ein seltsames Verlangen allerdings in dem Munde eines Mannes, der in seiner Denkschrift schließlich den Gedanken „nicht unausgesprochen lassen will“, „ob nicht ein lebensmüder Arbeiter aus Fürsorge für seine Familie entweder gleichgültig und fahrlässig oder gar absichtlich in den Tod geht, wenn er durch Haftpflichtleistung seiner Familie Existenz gesichert weiß“. In dem Verlangen, die gegenwärtig bestehende Haftpflicht für die Arbeitgeber zu vermindern, tritt so ganz der einseitige Standpunkt des Mannes, der überall das Interesse seines Geldbeutels mit dem öffentlichen Interesse verwechselt, klar zu Tage. Wenn der Meister einem Arbeiter einen Auftrag gibt und in Folge der treuen Befolgung desselben andere Arbeiter zu Schaden kommen, so soll, nach Herrn Baare's Ansicht, der Unternehmer nicht haften, weil der Beauftragte nur „ein einfacher Arbeiter“ gewesen ist. Herr Baare klagt über die Ertheilung des Armenrechts an die verunglückten Arbeiter zur Prozeßführung, über die Fabrikinspektoren des Staates, welche sich „für den Anwalt des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer ansehen“, über die Arbeiter, welche als Zeugen im Prozeß „dem verkrüppelten Kameraden das beschauliche Leben des Rentners“ bereiten wollen, über die Richter, welche nach freier Überzeugung urtheilen und sich nicht an das Gutachten des technischen Sachverständigen binden wollen, und vor Allem über die Höhe der Entschädigungssätze, welche nicht über den Durchschnitt von 400 Mark Rente (also 1 Mark etwa pro Tag zum Lebensunterhalt) hinausgehen dürfe. Für diekehrseite der Sache zeigt Herr Baare absolut kein Verständnis. Der Berungslückte muß erst den Beweis des Verschuldens durch den Fabrikanten oder seines Beauftragten erbringen. Der mittellose Invalid steht dabei im Prozeß dem reichen Fabrikanten gegenüber. Nicht den bisherigen Arbeitslohn als Rente spricht das Haftpflichtgesetz dem Berungslückten zu, sondern nur Ersatz für die verminderde Erwerbsfähigkeit. Mit Ausnahme der Konservativen herrschte

unter allen Parteien Einverständnis im Reichstage darüber, daß die bestehende Haftpflicht nicht einzuschränken, sondern zu erweitern sei und daß gerade die Beweislast für die Verschuldnach der Natur das einzelnen Gewerbes zu erleichtern sei. Eine Explosion vernichtet oft die Beweismittel, die Zeugen stehen im Dienst und Brot des Verkäufers, das Armenrecht pflegt nicht allzufrühe Anwälte zur Verfügung zu stellen u. Herr Baare will angeblich die Arbeiter „aus dem Bereich der Wohlthätigkeit auf das Gebiet des Versicherungswesens hinaufheben“. Bei den durch Verschulden des Unternehmers Berungslückten erstrebt er aber gerade das Gegenteil, und im Übrigen soll man nicht glauben, daß was solche großen Aktiengesellschaften jetzt freiwillig für die Versicherung und Altersversorgung der Arbeiter leisten, rein aus gutem Herzen und Wohlthätigkeitsgefühl geschieht. Sie wollen durch die Aussicht auf Altersversorgung die Arbeiter an ihr Etablissement fesseln und sich dadurch vor dem für die Industrie nachteiligen Wechsel der Arbeiter schützen. Die Konkurrenz um gute Arbeiter zwingt die einzelnen Unternehmer dazu, jetzt etwas aus ihrer Tasche zu thun, was künftig im Wesentlichen den Zwangskassen obliegen würde. Die Ersparnis an diesen freiwilligen Aufwendungen und die Verminderung der obligatorischen Leistungen aus dem Haftpflichtgesetz würden weit mehr betragen als das Drittel, welches die Fabrikanten künftig nach Hrn. Baare zu den Beiträgen der Kasse zu zahlen haben. Die Arbeitgeber können, wie Herr Baare versichert, nicht mehr leisten als bisher, die Kommunen, so behauptet er, würden noch Geld ersparen. Wenn dem so ist, so ist eine bessere Versorgung der Arbeiter nur möglich, indem Arbeiter selbst die Hauptlast ihrer Versicherung übernehmen. Denn irgendwie müssen doch die Mehrausgaben durch Mehreinnahmen gedeckt werden. Diese logische Folgerung zu ziehen unterlässt freilich Herr Baare künftig, weil sie die politischen Zwecke, welche mit dieser angeblichen Arbeiterfreundlichkeit für die nächsten Wahlen verknüpft sind, vereiteln würde. Die von der „staatlichen Steuerrezeptur zu erhebenden neuen Beiträge“ wären ja das gerade Gegenteil von der vom Kanzler verhörschten Minderung der „lästigen durch den Exekutor beizutreibenden“ direkten Steuern. Auch würde sich an diese Forderung sofort die nächste Forderung knüpfen, daß zuvor jene Steuer- und Wirtschaftspolitik wieder befiehlt wird, welche zur Vertheuerung der Lebensmittel gerade des Arbeiters geführt und es den Arbeitern mehr als früher erschwert hat, solche Beiträge zu zahlen, mögen dieselben nun künftig für freiwillige Kassen oder für Zwangskassen verlangt werden.

seit etwa zwei Jahren der Regierung in Potsdam als bautechnisches Mitglied an. Er ist der Schöpfer des neuen Galleriegebäudes in Kassel und hat sich auf kunsthistorischen Gebiete vortheilhaft bekannt gemacht durch das von ihm in Gemeinschaft mit dem leider verstorbenen Dr. W. Voss herausgegebene Verzeichnis der Kunstdenkmäler des Regierungsbezirks Kassel, welches als Muster für alle augenblicklich im Gang befindlichen Veröffentlichungen ähnlicher Art in den übrigen Landesteilen empfohlen worden ist.

Eine letzte Entschließung über den Termin der Berufung des Landtages scheint, der „N. Z.“ zu folge, noch nicht getroffen. Dagegen wird die Vermuthung wohl zutreffen, daß die Session spätestens am 27. dieses Monats ihren Anfang nehmen wird. Dieselbe begäne damit genau um einen Monat früher als im vorigen Jahre und es wäre daher an und für sich Aussicht vorhanden, daß eine Kollision mit dem Reichstage, der doch vor dem Februar nicht zusammenentreten wird, vermieden werden kann. Die Angaben, es werde die Session nur kurze Zeit dauern, haben wenig innere Wahrscheinlichkeit; das Arbeitspensum, welches bereits jetzt für den Landtag nahezu abgeschlossen ist, erfordert zu seiner Ablösung einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten, ganz abgesehen von den Entwürfen, welche noch in jeder Session als Resultat späterer Erwägungen erschienen und oft Grund zu den umfangreichsten Debatten geworden sind. Jedenfalls hat die Regierung alle Anstrengungen gemacht, um dem unliebsamen Zusammenarbeiten von Landtag und Reichstag entgegen zu arbeiten und eine Nachsession des Landtages unmöglich zu machen.

Bezüglich des mehrfach besprochenen Ansinns der Reichsregierung an Hamburg, dort den kleinen Belegschaftszug zu stand zu verhängen, wird jetzt laut der „Magdeb. Ztg.“ näher bekannt, daß allerdings schärfere Maßregeln gegen das Treiben der Sozialdemokraten in einigen holsteinischen Orten, wie Altona, Ottensen, Wandsbek, welche hart an Hamburg grenzen, beabsichtigt waren, deren Wirksamkeit in Frage gestellt ist, so lange in Hamburg nicht in gleicher Weise vorgegangen wird. Dies hat zu Verhandlungen Anlaß gegeben, die noch nicht abgeschlossen sind, indessen in keiner Weise zu tiefgehenden Differenzen geführt haben sollen.

Aus Ostpreußen wird gemeldet: Der Verwaltungsrath des ostpreußischen Landwirtschaftlichen Central-Vereins hat sich in seiner letzten Sitzung, in welcher 32 landwirtschaftliche Zweigvereine durch 59 Delegierte vertreten waren, mit allen gegen eine Stimme gegen jede Beschränkung der Wechselfähigkeit erklärte. Ebenso haben neuerdings wieder mehrere gewerbliche Vereinigungen in Ostpreußen und die sämtlichen landwirtschaftlichen Domänen der Kreise Insterburg und Neidenburg votirt. Aus dem Bezirk des Centralvereins westpreußischer Landwirthe liegen bis jetzt von 17 Zweigvereinen Gutachten über die Beschränkung der Wechselfähigkeit vor. Sämtliche 17 Zweigvereine erklären sich gegen die Beschränkung.

Wir finden in der „Magd. Ztg.“ folgenden Bericht: Auf Anregung mehrerer in Berlin wohnhafter, aber in unserer Provinz gewählter Abgeordneter waren die nationalliberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten der Provinz Sachsen und des Herzogthums Anhalt auf den 4. Oktober nach Halle eingeladen worden, um sich über die durch die sogenannte Sezession der Abgeordneten Bamberg und Genossen für die nationalliberale Partei geschaffene Lage zu besprechen. Die Einladung war erst so kurz vor dem heutigen Tage ergangen, daß von den eingeladenen 21 nationalliberalen Abgeordneten nur etwa die Hälfte hatte erscheinen können; die andere Hälfte war theils durch Abwesenheit auf Reisen, theils durch andere Verhältnisse am Erscheinen verhindert. Namentlich dieser Umstand war der Grund, daß man von der Fassung förmlicher Beschlüsse absah und nur einen zwanglosen Meinungsaustausch über die Lage der Partei beliebte. Die Versammlung war von der Überzeugung beherrscht, daß es nur heißen würde, der Reaktion in die Hände zu arbeiten, wenn man die nationalliberale Partei noch weiter, als bereits geschehen, zerstören lassen würde; die Ansicht war die weitaus vorherrschende, daß die nationalliberale Partei keineswegs sich überlebt habe, daß vielmehr nach wie vor sie die geeignete Form sei, die liberalen Elemente von Stadt und Land, aus den verschiedenen Staaten und Provinzen von Nord- und Süddeutschland zu der gemeinsamen Mitarbeit an der politischen Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes zu sammeln. Eine formulirte Stellung zu der neu geschaffenen Lage zu nehmen, sich über das zukünftige Verhalten der Partei auszusprechen, hielt man selbst für einen verhältnismäßig so zahlreichen Bruchtheil, wie ihn die Provinz Sachsen mit dem Herzogthum Anhalt zu der nationalliberalen Partei stellt, nicht für gerathen; in dieser Beziehung dürfe vielmehr den Entschlüsse der ganzen Partei in den bevorstehenden Land- und ReichstagsSESSIONEN nicht vorgegriffen werden. Die Ansicht aber wurde allgemein getheilt, daß es durchaus zu vermeiden sei, die durch die Sezession für die liberalen

Deutschland.

Berlin, 5. Oktober.

— Offiziös wird geschrieben: In einem von der „National-Zeitung“ in ihrer Sonntags-Nummer mitgetheilten Artikel der Wochenschrift für Architekten und Ingenieure wird bemängelt, daß nicht die sämtlichen Mitglieder der bisherigen technischen Bau-deputation ausnahmslos zu Mitgliedern der an die Stelle derselben getretenen Akademie des Baumeisters berufen seien. In diesem Artikel wird zunächst übersehen, daß mehrere der in demselben als Mitglieder der technischen Baudeputation aufgeführten Techniker aus dieser Behörde — der sie lediglich vermöge des von ihnen bekleideten Staatsamts angehören —, schon vor ihrer Auflösung zu Folge Austritts aus dem Staatsdienste oder anderweitiger Verwendung in demselben ausgeschieden waren. Wir verweise dieshalb auf das Mitglieder-Verzeichniß Seite 213 des Staats-Handbuchs pro 1880/81. Wenn sodann ausgeführt wird, daß der Berufung der sämtlichen Mitglieder der technischen Baudeputation in die Akademie des Bauwesens bei der unbeschrankten Mitgliederzahl der letzteren ein Hindernis nicht im Wege gestanden habe, so ist zu bemerken, daß unseres Wissens aus überwiegenden Gründen die Zahl der ordentlichen Mitglieder — in der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten inzwischen erlassenen Instruktion ist diese Zahl ausdrücklich auf 30 begrenzt — und ebenso die der außerordentlichen Mitglieder der Akademie einer angemessenen Beschränkung zu unterwerfen und namentlich beim Ingenieurfach auf eine Vertretung der verschiedenen Zweige — Eisenbahn-, Wasser-, Maschinen-Bau — in entsprechendem Verhältniß Bedacht zu nehmen gewesen ist.

— Das Handelsministerium, dem ja gegenwärtig Fürst Bismarck vorsteht und welches daher besonderes Interesse verdient, ist außer dem Ressortchef durch einen Unterstaatssekretär, Herrn Dr. Jakobi, vier vortragende Räthe, die Herren Wendt, Dr. Stüve, Rommel und Lehmann, sowie zwei Hilfsarbeiter, die Herren Ullmann und Hoffmann, besetzt, es ist also das kleinste der bestehenden Ministerien.

— Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Feldmarschall Freiherr von Mantenau, wird in den allernächsten Tagen in Gemäßheit früherer Dispositionen in Baden-Baden sich bei dem Kaiser melden. Es ist anzunehmen, daß der Marschall gleichzeitig über besonders wichtige Punkte in der Verwaltung der Reichslande dem Kaiser Vortrag halten wird.

— Nach einer Mittheilung der „N. Preuß. Ztg.“ soll an Stelle des verstorbenen Hrn. v. Quast der gegenwärtige Regierungs- und Baurath v. Dehn-Rottfeller in Potsdam für das Amt eines Konservators der Kunstdenkmäler des preußischen Staates in Aussicht genommen sein. Herr v. Dehn-Rottfeller war bis zu ihrer Auflösung Mitglied des zur Verwaltung des kurfürstlich hessischen Fideikommiß-Besitzes eingesetzten Kommission und gehörte

Partei geschaffene üble Lage noch zu verschlimmern, und daß daher die ausgeschiedenen Mitglieder und deren Gesinnungsgegenossen so lange als irgend möglich in den Parlamenten wie bei den bevorstehenden Wahlen nicht als Gegner, sondern als Gesinnungsgegenossen und Mitstreiter für dieselbe liberale Sache anzusehen und zu behandeln seien. — Unter dem Eindruck des vollen Ernstes, von dem man die Lage der liberalen Partei und unserer ganzen politischen Entwicklung beherrschte fühlte, wurden die Besprechungen geführt und beschlossen. — Auch hierin spricht sich wieder der wohlthätige Einfluß der Sezession auf die weiter rechts verharrenden Liberalen ganz unverkennbar aus.

— In einem die sozialpolitischen Projekte des Reichskanzlers besprechenden Artikel schreibt der konservative „Reichsbote“:

„Sollen die Innungen lebensfähig sein, so müssen entweder alle Handwerker ohne Weiteres zum Beitritt gezwungen werden (obligatorische Innungen), oder man muß den Innungen so viele und so große Vortheile beilegen, daß der Handwerksbetrieb außer der Innung und ohne diese Vortheile kaum möglich mehr ist, so daß also die Handwerker dadurch zum Beitritt gezwungen würden. Ohne einen größeren direkten oder indirekten Zwang geht es auch hier nicht ab. Davor aber will der Liberalismus nichts wissen und so bestätigt es sich, was wir immer gesagt haben, daß eine gute soziale und wirtschaftliche Reform ohne die Konservativen und das Centrum gar nicht durchzuführen ist. Bisher konnte man denken, die rechtssüdlichen Liberalen würden, um die Regierung vom Zusammengehen mit dem Zentrum abzuhalten, den Plänen des Kanzlers beistimmen; nachdem aber gerade die Hauptorgane dieser Gruppe, die „Köln. Ztg.“ und der „Hannov. Cour.“, so scharfe Stellung dagegen eingenommen haben, wird die Regierung, was freilich voraussehen war, ohne das Zentrum nichts machen können und sich ebenso wie bei dem Zolltarif dazu entschließen müssen, die Hilse dieser Fraktion anzunehmen. Angesichts dieser Lage fragen wir nun die Post“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“, welchen Sinn und Erfolg nun das Jagen nach einer liberal-konservativen Mitelpartei gehabt hat.“

— Aus Kiel schreibt man dem „B. Tgl.“: Die Auslegung gewisser Paragraphen unseres Zolltarifs führt gegenwärtig zu kaum glaublichen Unzuträglichkeiten. Kaum ist der bekannte „Krabbentanz“ auf diesem Gebiete von der Bühne verschwunden, und ein Gegenstück dazu ist bereits wieder auf der Bildfläche erschienen, nämlich die Versteuerung der Anchovis. Letztere sind auf Grund des Zolltarifs bis jetzt stets nur mit $1\frac{1}{2}$ Pfennig pro Pfund versteuert worden. Man scheint indessen diesen Zolltax im Finanzministerium für zu gering zu halten, denn es sind in diesen Tagen mehrere hiesigen Kaufleuten folgende Zuschriften vom Hauptzollamt hier selbst zugegangen, deren eine wir hier im Wortlaut mittheilen:

„Im Monat Oktober vorigen Jahres sind von Ihnen für 90 Pfund Anchovis an Zoll 1 M. 35 Pf. und für 274 Pfund 4 M. 10 Pf. bezahlt. Da jedoch nach Finanzministerial-Rekript vom 18. September dieses Jahres für Anchovis der Zolltax 24 M. pro 100 Pf. in Anwendung zu bringen ist, so wären erst 21 M. 60 Pf. und 65 M. 75 Pf. zu entrichten gewesen und würden Sie daher auf Grund desfallsiger Verfügung des Herrn Provinzial-Steuerdirektors in Altona vom 29. Septbr. dieses Jahres hierdurch aufgefordert, die restirenden 20 M. 75 M. und 61 M. 75 Pf. bis zum 4. d. M. hier selbst nachzuahmen und zwar bei Vermeidung der gesetzlichen Zwangsmaßregeln.“

Dies, so bemerkte hierzu das zitierte Blatt, scheint denn doch bald über die Kreise zu gehen. Nach einem Jahre soll der Geschäftsmann plötzlich für eine längst verkaufte Ware den vierfachen Betrag an Zollgebühren erlegen, da möchten wir denn

doch die Frage aufwerfen, wie ein Geschäft überhaupt soll bestehen können, wenn es solchen Eventualitäten ausgesetzt ist. Daß hierüber in den Kreisen der Kaufleute eine große Erbitzung herrscht, läßt sich denken. Die Beschwerden über dies Verfahren sind bereits unterwegs.

— [Zur Haltung der Katholiken gegenüber dem Kölner Domfeste] nimmt die „Nord. Allg. Ztg.“ das Wort. Das gouvernemente Blatt schreibt, nachdem es die bekannten Resolutionen der rheinischen Katholiken mitgetheilt, wie folgt:

„In beiden Resolutionen, der im Gürzenich und der im Fränkischen Hofe gefassten, spricht sich eine tiefe Verstimming aus, von welcher wir indeß nicht wissen, ob sie wirklich die großen Kreise beherrscht, in deren Namen sie fundgegeben wird, und von welchen wir hoffen, daß sie doch nach reiflicherer Erwägung weichen werde. Dann allerdings scheint es uns, als ob die beiden in Köln abgehaltenen Versammlungen ihre Beschlüsse unter dem Eindruck einer Besangenheit gefaßt hätten, welche diese Beschlüsse wohl erklärt, aber nicht begründet. In katholischen Kreisen der Rheinlande waren an die Dombaufeier gewisse Erwartungen geknüpft worden, welche nicht in Erfüllung gehen, weil sie nicht in Erfüllung geben könnten, und es ist denkbar, daß dieselbe nun, da sie den Druck einer freiheitlich selbst verübteten Enttäuschung empfinden, in der Aufforderung zur Festbelebung eine Verlezung ihrer Empfindungen erblicken. In dem verfehlten Beitreten, lediglich subjektive Empfindungen zu objektivieren, verfallen sie selber in einen Fehler, welchen sie auf anderer Seite rügen — sie demonstrieren, weil sie in der Art, wie die Dombaufeier begangen werden soll, fälschlich eine antikonservative Demonstration erblicken oder — erblicken lassen wollen. Sie wären in diesen Fehler nicht verfallen, wenn sie ein wenig ernsthafter überlegt hätten, ob es denn denkbar sei, daß die Wirkungen einer unter harten Kämpfen begründeten Gesetzgebung einer, wenn auch in ihrem Anlaß berechtigten Gemüthsauswallung weichen dürfen. Vor Allem hätte man den Charakter des bevorstehenden Fests und seine Bedeutung schärfer ins Auge fassen sollen. In jenen Kreisen, in welchen man gegen die Dombaufeier demonstriert, thut man so, als ob es sich lediglich um ein katholisches Kirchenfest handle, und leitet von dieser Voraussetzung Ansprüche ab, deren Nichtberücksichtigung dann als eine konfessionelle Geringgeschäigung ausgelegt wird. In Wahrheit aber handelt es sich um ein Bauwerk, welches nach der Widmung, die König Friedrich Wilhelm IV. der Wiederaufnahme des Kölner Dombaus gegeben, und mit Rücksicht auf die Belebung der gesamten deutschen Bevölkerung — nicht bloß der katholischen — an den Kosten der Vollendung des erhabensten Werkes deutscher Kunst, ein im eminentesten Sinne nationales Fest genannt werden muß. In einer Zeit begonnen, in welcher der deutsche Geist seine Befriedigung nur in der idealen Sphäre suchte und fand, wurde der Dombau vollendet, nachdem das deutsche Reich, dessen Wiederherstellung so lange Zeit nur zu den idealen Träumen gehört hatte, wieder aufgerichtet war. Wie unendlich verschieden auch die Kräfte sind und die Faktoren, welche das eine wie das andere Werk vollendet haben, und wie verschieden beide und ihre Bedeutung für die nationale Entwicklung: in beiden feiert der deutsche Geist seine Wiedergeburt, und Deutschland kann sich das Fest des 15. Oktober nicht verfümmern lassen. Die protestirenden Katholiken im Rheinlande mögen also wohl überlegen, was sie thun. Ihre Ansprüche fallen mit der Grundlosigkeit der Voraussetzung, aus welcher sie abgeleitet werden; aber die Katholiken, welche durch ihre Passivität gegen die Dombaufeier demonstriren, treten auch aus der Gemeinsamkeit eines nationalen Festes heraus. In ihrem eigenen Interesse müßte es jedoch liegen, den Impulsen deutsch-nationaler Gesinnung, von welcher gewiß auch sie beejagt sind, zu folgen, damit kein falscher Schein auf sie geworfen und wider sie ausgebeutet werden könnte.“

Die „Germania“ zeigt sich von diesen Auslassungen wenig gerührt; sie erwider:

Nach der Erörterung, welche wir erst vor einigen Tagen der Domfrage an dieser Stelle gewidmet haben, können wir uns heute mit wenigen Bemerkungen begnügen. Wir stehen nicht an, anzuerkennen, daß die offiziöse Belehrung sich in Ton und Sprache vortheilhaft vor den provokatorischen Schmähartikeln der „liberalen“ Presse auszeichnet, aber sie wird trotzdem die Katholiken von ihrem mohlerwo-

nen, von der Lage der Sache mit gebieterischer Nothwendigkeit geforderten Entschlüsse nicht abziehen vermögen.“

— Dem Ansuchen derjenigen Provinzen, auf welche die Einführung der Kreisordnung ausgedehnt werden soll, die bezüglichen Entwürfe zuvor ihren Provinziallandtagen vorzulegen, wird nicht stattgegeben werden, schon weil man davon eine Verzögerung der Berathungen und Beschlüsse des Landtages befürchten müßte.“

Barmen-Elberfeld, 3. Oktober. [Rheinisch-westfälischer Parteitag der deutschen Fortschrittspartei.] Die heute stattgehabte fortgeschrittliche Versammlung hat eine Reihe von 5 Resolutionen angenommen, von welchen wir als die wichtigsten mittheilen:

2) Die deutsche Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen erachtet es für ihre wichtigste Aufgabe, bei den nächsten Reichstagswahlen dahin zu wirken, daß Männer gewählt werden, welche den festen Willen haben, der rückwärtigen Bewegung kräftigen Widerstand entgegenzustellen, der fortgesetzten Steigerung der Militäraufgaben und der Vermehrung der Steuern, insbesondere auch der weiteren Belastung der Tabakindustrie und des Brauereigewerbes Einhalt zu thun, auf Erleichterung der Rechtspflege durch Ermäßigung der Prozeßkosten hinzuwirken und dafür wirken wollen, daß der gesamten Geschäftswelt wieder Ruhe und Sicherheit gegen die unablässige auftauchenden Projekte von Monopolen, Steuern und anderen wirtschaftlichen Umgestaltungen zurückgegeben werde.

3) Die Fortschrittspartei von Rheinland-Westfalen tritt denjenigen Bestrebungen entgegen, durch welche die Steuerlast mittels neuer Verbrauchsabgaben und Zölle unter Bertheuerung der Lebensmittel vorwiegend zum Nachtheil der ärmeren Klasse verschoben und dem Arbeiter, Handwerker und kleineren Landwirth durch Zwangseinrichtungen alter Art, durch Wiederherstellung zünftlicher Beschränkungen, Einschränkung der Weitselfähigkeit &c. das gleiche Recht mit dem Großbetrieb verkümmert und die wirtschaftliche und politische Freiheit beeinträchtigt wird.

4) Der von dem Handelsminister Fürsten Bismarck in Aussicht genommene volkswirtschaftliche Senat erscheint dem rheinisch-westfälischen Parteitag der deutschen Fortschrittspartei als eine ebenso überflüssige wie einseitige Interessenvertretung der Unternehmer, geeignet, vorzugsweise die Sonderinteressen des Großbetriebs und des Großgrundbesitzes zur Geltung zu bringen und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers dem Reichstage gegenüber noch weiter abzufüchten.

Schwerin. [Mechlenburgisch.] Die Gemeindevertretung der Stadt Rostock befindet sich seit länger als hundert Jahren im Zustande eines Provisoriums. Im Jahre 1770 wurde, in Folge von Streitigkeiten zwischen Rath und Bürgerschaft, durch eine landesherrliche Kommission das sogenannte Hundert-Männer-Regulativ als bis auf Weiteres gültiges Statut aufgestellt. Diesem Statut gemäß bestand die Vertretung aus zwei Kammern, Quartiere genannt, von denen die erste aus 50 Deputirten der Kaufmanns-Kompagnie, die zweite aus 50 Deputirten gewisser Handwerksämter zusammengesetzt war. Diese Vertretung fiel im Jahre 1848 auf Grund eines Rath- und Bürgerbeschusses und machte einer aus allgemeinen Wahlen der Bürgerschaft hervorgegangenen Stadtverordnetenkammer Platz, deren Hauptaufgabe die Herbeiführung einer definitiven Neugestaltung der bürgerschaftlichen Vertretung sein sollte. Als das mecklenburg-schwerin'sche Staatsgrundgesetz von 1849 ein Jahr darauf durch die Reaktion bei Seite geschafft war, gehörte es zu den ersten Sorgen des reaktionären Ministeriums, auch in Rostock die alte Quartiers-Vertafung wiederherzustellen. Dies geschah mit Hilfe eines dazu willfährigen Gemeinderaths in recht handgreiflicher Durchbrechung der Rechtskontinuität, wie sie damals nur allzusehr gebräuchlich war. Die Quartiere traten eines Tages wieder ins Leben und in ihre frühere Wirksamkeit, freilich wiederum nur provisorisch und mit

Der Einzelne.*)

Von Julie Dungern.
(Fortsetzung.)

„Über die Wahrheit muß an den Tag kommen, mein liebes Kind“, sagte Horace.

„Ihr denkt, wie mir scheint, gar nicht an ihn“, sagte das junge Mädchen mit leisem Vorwurf, „an ihn, der so gut, so edel, so aufopfernd ist. Soll jetzt jeder das Recht haben, mit Jungen auf ihn zu deuten und ihn als den Sohn des Mörders bezeichnen können? Nein, das wollen wir alle drei nicht und darum muß ich den Einzelnen heute noch sprechen.“

Horace und Madame Gertrude sahen die Wahrheit dieser Worte ein und Ersterer machte sich auf den Weg, Franz zu suchen. Aber seine Hütte war verschlossen und auch im Walde war er nicht zu finden.

Er suchte ihn überall, ging selbst in das benachbarte Dorf, aber ohne jedem Erfolg.

Endlich hörte er bei seiner Rückkehr eine fröhliche Kinderstimme, es war Brocart, welcher mit seiner Mutter des Weges kam. Herr von Verne fragte ihn nach Franz Veru und der Junge erzählte, daß er sie oben verlassen habe, um beim Ziegentech noch auf ein Stück Wild zu laufen, und daß der junge Clappier bei ihm sei. — Zugleich teilte Brocart seine eigenen Angelegenheiten mit und daß „der Einzelne“ ihn und seine Mutter auf's Schloß zu dem gnädigen Fräulein schickte.

Horace gab Beiden auf, mit ihm zu gehen. Im Schloß angekommen, empfahl er sie der Haushälterin zur Verpflegung und ging in den Salon zu Denise, um ihr seinen verfehlten Versuch mitzutheilen.

Endlich gegen zehn Uhr kam Franz Veru, traurig und ernst, wie ein Mann, der einen schmerzlichen Entschluß gefaßt.

„Du hast ihn doch um Gotteswillen noch nicht angeklagt“, rief Denise ihm beim Eintritt entgegen.

„Mein Fräulein, zudem würde meine Zeugenschaft ja gar nicht gelten, er muß sich selbst verrathen.“

„Aber wir Alle glauben ja an Dich und an Deine Aussage, warum also diesen Menschen vor Gericht schleppen.“

„Damit die Welt nichts Nebles sagen kann, wenn Sie Herrn von Verne heirathen.“

„Meine Braut hat vollkommen recht, Franz“, fiel Horace ein, „der Name Deines Vaters soll nicht in den Staub gezogen

werden, dazu bist Du uns zu werth. Madame Gertrude hat sich im Auslande angekauft, dahin werden wir Alle gehen, und Du mit uns, nicht mehr?“

„Der Einzelne“ schüttelte das Haupt. „Gerechtigkeit muß sein“, sagte er fest, „und wie mein Name auch immer besleckt werde, so habe ich doch Gott und das Gefühl, meine Pflicht erfüllt zu haben.“

„Mein Gott, mein Gott“, seufzte das junge Mädchen. „Höre auf uns, Franz, Deine besten Freunde, die nicht glücklich werden können, wenn Du mit Schmach bedeckt bist. Denke vor Allem an Deinen Vater. Du hast noch keine Beweise seines Todes; wenn er nun wiederkehrte?“

„Ich habe es oft gefürchtet, Fräulein, jetzt glaube ich es jedoch nicht mehr; mein Vater ist tot.“

„Aber ich dachte doch“, fuhr das junge Mädchen dringend fort, „daß wir, die zunächst Bekehrten, auch das Recht haben, zu verzeihen. Ich gestehe, daß ich es nicht thun würde, wenn Du nicht darunter zu leiden hättest, armer Franz, allein dieser Grund überwiegt jeden anderen.“

„Sie haben nicht das Recht, Fräulein, diesen Mann der irdischen Gerechtigkeit zu entziehen“, fuhr Veru in ernstem Tone fort. Sehen Sie sich zehn Meilen in der Runde um, nennen Sie den Namen dieses Elenden, und Sie werden nur Verwünschungen und Flüche über ihn hören. Er ließ brave Familienväter im Gefängnisse sterben und der armen Wittwe mit ihrem Säugling das Bett unter dem Leibe wegnehmen.“

„Wenn er aber bereuen und das gestohlene Gut ersezten würde“, rief Denise aus. „O, höre mich Franz, mir kommt eben ein glücklicher Gedanke, sprich mit diesem Manne, sage ihm, daß wir Alles wissen, daß aber, wenn er bereut, Alles vergessen sein soll. Sage ihm, daß ich mit dem Gelde, was er uns stahl und welches er uns wiedergeben müßte, alle seine Unthaten sühnen will; ich werde noch vor unserer Abreise alle durch ihn ruinierten Familien mit dem Gelde entschädigen, und also so viel als möglich seine Thaten ungefährten machen. Die Todten freilich“, setzte sie seufzend hinzu, „vermag ich nicht mehr zu erwidern.“

„Dieser Mann wird noch am Fuße des Schaffots nicht bezeugen“, entgegnete Franz mit Überzeugung.

„Aber warum willst Du mir auch jede Hoffnung nehmen, diesen Mann der Hölle und Verdammnis zu entziehen?“

„Der Einzelne“ hatte Fräulein von Merenil mit Enthusiasmus und Verehrung betrachtet. „Es geschehe, wie Sie sagen,

gnädiges Fräulein“, rief er aus. „Wenn der Mann bereuen sollte, will ich ihn nicht angeben, aber ich fürchte!“

Das junge Mädchen drückte ihm die Hand, „Gott ist die Gnade“, sagte sie mit frommer Begeisterung.

„Der Einzelne“ verließ schleunigst den Saal und ging in den Park, wo er sich am Fuße eines Baumes niederließ, das Gesicht in den Händen verborgen. Eine sanfte, kindliche Stimme weckte ihn aus seinen schmerzlichen Träumen; es war Brocart, welcher ihm nachgeschlichen war.

„Du weinst, armer Franz?“ sagte der Kleine und schlängte seinen Arm um des Beschützers Hals. „Sage mir warum, oder nein, Du brauchst es mir nicht zu sagen, ich weiß, daß Du das Fräulein liebst, und daß es nicht Deine Schuld ist, daß Du nur ein armer Jäger bist.“

Franz wischte seine Thränen ab, und den Kleinen starr ansehend, fragte er erschrockt: „Kind, Kind, wer hat Dir diese Dinge in den Kopf gesetzt?“ Dann den Kleinen in seine Arme schließend, fuhr er fort: „Deine Mutter wird für ihre alten Tage ohne Sorgen zu sein brauchen, Du selbst wirst ehrliche Arbeit erhalten und nicht mehr Wilschütz sein, sondern Waldhüter, ich werde dies Alles bewerkstelligen. Dafür aber mußt Du mir ein heiliges Versprechen geloben, Niemandem zu wiederholen, was Du mir eben sagtest.“

„Ich schwöre es Dir bei der Seele meines todtten Vaters“, sprach der Kleine feierlich.

„Der Einzelne“ war aufgestanden. „Nach dem, was ich heute Abend hörte“, sagte er, „bist Du auf dem Schloß auch nicht sicher, der elende Maupert hat einen Verhaftbefehl gegen Dich erwirkt, Du mußt verstckt werden, und zwar bei mir, wo Maupert sich nie getrauen würde einzutreten. Wo ist Dein Hund?“

Brocart wies auf Gendarme, welcher stumm und unbeweglich hinter ihm saß.

„Nun, so lasß ihn in den Hundezwinger des Schlosses sperren, und bitte Jean, den Stallburschen, daß er das arme Thier futtern soll, es sind gerade keine Hunde im Zwinger, und wenn Du ihm befiehlst, ruhig zu sein, wird er es auch bleiben, dann komme wieder.“

Brocart gehörte und fand bei seiner Rückkehr „den Einzelnen“ noch auf demselben Platz. Derselbe hob ihn auf seine Schultern und sagte: „Ich muß Dich tragen, damit Gendarme Deine Spur nicht findet und dadurch zum Verräther würde“, und darauf machte er sich mit Brocart auf den Weg.

* Nachdruck verboten.

der Aufgabe „ehebaldest mit dem Rath einen definitiven Modus der Gemeindevertretung zu vereinbaren“, was aber in den seitdem verflossenen 29 Jahren noch nicht hat gelingen wollen. Als man nach mehreren Jahrzehnten zwischen Rath und Quartieren endlich über eine neue Vertretung sich geeinigt hatte, scheiterte die Einführung des vereinbarten Statuts daran, daß das großherzogliche Ministerium des Innern der nach altem Recht zur Legalisierung des Statuts erforderlichen Einholung der Zustimmung der allgemeinen Bürgerschaft sich entgegenstellte. So geschah es, daß ungeachtet der großen Veränderungen, welche die Reichsgesetze über Freizügigkeit, Gewerbeordnung u. s. w. bewirkten, in Rostock bis auf diesen Tag eine Gemeindevertretung bei Bestand blieb, welche auf längst entschwundenen Verhältnissen und Voraussetzungen ruht, und noch immer, als ob wir noch mitten in der Zeit der Zünfte ständen, aus der Korporation der Kaufleute und einer Anzahl von Handwerker-Innungen hervorgeht. Während des durch das Eingreifen des Ministeriums des Innern bewirkten Stillstandes ward der Kaufmannschaft das bereits vereinbarte, auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts der Bürger ruhende Statut wieder leid, und sie setzte es durch, daß man unter Aufgabe dieses Prinzips sich über ein Dreiklassenwahlsystem einigte. Nach diesem neuesten Statutenentwurf zerfallen die Wahlberechtigten nach dem Betrage ihrer Armensteuer in drei Klassen: solche, die über 40 M., die 13—40 M. und die weniger als 13 M. entrichten. Die erste Klasse zählt nur 301 Personen, die zweite 1363, die dritte 4871. Die Anhänger einer allgemeineren Wahlberechtigung haben geglaubt, sich fügen zu müssen, um nur überhaupt aus dem unledichten Zustande herauszukommen, in welchen die Stadt durch das Fortbestehen der Zunftvertretung gerathen ist. Da aber der Gemeinderath noch immer durch das ihm zugegangene ministerielle Verbot sich für behindert hält, die durch die rostocker Stadtverfassung vorgezeichneten Schritte zur Einführung des Statuts zu thun, so fand am 1. d. M. in Rostock eine Bürgerversammlung statt, welche an den Rath den dringlichen Antrag zu richten beschloß: „numehr ungesäumt dem bereits fertig gestellten Entwurf eines Statuts für die neue Bürgerversetzung durch Befragen der großen Bürgerschaft resp. nach Beseitigung des Verbots des großherzoglichen Ministeriums des Innern die Stadtverfassungsmäßige Sanktion zu verschaffen.“ (B.-Z.)

Stuttgart. 1. Oktober. Da die zwei einzigen Nationalliberalen, die seit der letzten Wahl Würtemberg noch in den Reichstag saßen, Hölder und Römer, mit Völk und Genossen seiner Zeit aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten sind, so liegt für dieselben keine Verlängerung vor, sich über den Austritt der Herren v. Forckenbeck und Genossen öffentlich zu erklären. Dagegen ist davon die Rede, daß die nationalliberalen Parteigenossen im Lande, welche bekanntlich den Namen „deutsche Partei“ tragen, sich über die Sezession als eine Angelegenheit, welche die Partei in ganz Deutschland berührt, aussprechen möchten. Es wird dies vermutlich in einer vertraulichen Besprechungen von Notabeln der Partei geschehen, deren Ergebnis etwa in einer Resolution an die Deffensilität kommen würde. An der einstimmigen Stellungnahme gegen die Sezession ist nicht zu zweifeln.

Österreich.

Wien, 3. Oktober. [Konfiskation. Die Donaufrage. Aus Ungarn.] Am Sonnabend ist hier

Nach einer Viertelstunde ließ er ihn am Ufer des Teiches nieder.

„Jetzt kannst Du sicher nach Hause gelangen“, sagte er, „ich muß noch zu Herrn Hektor, der Schlüssel liegt unter der Thür, Du wirst ja —“ in diesem Moment fiel ein Schuß.

„Es ist wohl Herr Horace“, meinte Brocart, dessen Jagdglüste erwachten, „ich glaube aber nicht, daß er getroffen hat.“

„Eile Dich, daß Du fort kommst, in dem Schrank am Heerde steht etwas Essen, nimm es mit und verberge Dich auf dem Speicher, Du kennst ja den Schlupfwinkel.“

Der kleine Wilschütz huschte wie ein Schatten geräuschlos fort, während der „Einzelne“ zu Hektor trat.

„Ich habe das Thier getroffen, wie ich glaube“, begann Dieser.

(Fortsetzung folgt.)

Musikalische Rundschau.

(Schluß.)

Pauline Lucca, deren öffentliches Auftreten schon vor Jahren als ferner unterbleibend hingestellt wurde, nimmt im Oktober ihre Thätigkeit an der wiener Oper wieder auf. Bekanntlich besteht das Projekt, Weber's „Preciosa“ von Künstlern beider Hoftheater in Szene zu lassen, es bietet sich hier bekanntlich Gelegenheit zu großer feuriger Ausstattung; Frau Lucca wir nun hierin die Titelrolle singen und spielen. Da wir gerade bei den Damen sind, so sei auch der Metallstimme von Adeline Patti gedacht, dieses Metall selbst konfervirt und erhält sich wunderbar, während das dadurch erzielte Metall seinen ebenso wunderbaren Abschluß findet. Man wundert sich fortwährend, wo die errungenen Reichtümer bleiben, wenn man aber erfährt, daß diese unpraktische Nachtigall ihrem Impressario Strakosch nicht weniger denn 350,000 Frs. zu zahlen hat für oft unbedachte und oft eigenartige Lösungen bestimmter Kontrakte (sie hatte für eine früher von ihr zugesicherte Tournée durch Amerika 250,000 Frs. Abstandsgeld zu bezahlen und sich gleichzeitig verpflichtet, wenn sie wieder nach Amerika gehe, sich der Regide von Strakosch zu bedienen)? Früher hatte der Marquis de Caix Zwietracht gefäßt, jetzt thut es Nicolini, Abelina reist nach Amerika, aber nicht mit Strakosch, und das kostet abermals 100,000 Frs.; einen großen Theil des Vermögens hat der Bau ihres Schlosses in Wales verdielen; trotzdem ist ihr eine Rente von 70,000 Frs. sichergestellt und ihre Schmucksachen allein repräsentieren einen Werth von nahezu einer Million, und da auch Goldmagnetische Eigenschaften zu haben scheint, hat ihr eine kürzlich

das Unerhörte geschehen, was Wien nicht unter Bach, noch unter Belcredi und Hohenwart erlebt hat: die Bevölkerung war ohne Abendblatt, mit Ausnahme der amtlichen „Abendpost“, weil alle übrigen Journale wegen Abdruckes der Resolutionen für den heutigen karlsbader Parteitag konfisziert wurden. Das Nächste ist bereits bekannt. Man ist nun allgemein begierig, wie das Ministerium den Zwiespalt lösen will, daß es etwa die Diskussion der Resolutionen auf dem Parteitag gestattet, ihren Abdruck aber verbietet. — In der Donaufrage neigen, wie bereits mitgetheilt, die Mächte sämlich dazu, den österreicherischen Anschauungen und Vorschlägen Recht zu geben. Der österreichische Entwurf, dem Deutschland von Anfang an rückhaltslos sich angeschlossen und bald darauf auch Italien zugestimmt hat, wird allgemein als ein rein praktisches Mittel zur Handhabung einer geregelten Verwaltung, der Strom- und Hafenpolizei und damit als der geeignete Weg angesehen, künftigen Streitigkeiten vorzubeugen. Der österreichische Vorschlag will, wie als billig erkannt wird, die Einsetzung einer gemischten, aus Vertretern der Uferstaaten zusammengesetzten Donaukommission mit dem österreichischen Vorsitz, dem das Recht der Entscheidung bei Stimmengleichheit zustehen soll. Man erachtet diese Forderung durch die am meisten beteiligten Interessen Österreich-Ungarns und die Machtstellung dieses Reichsgebiets hinreichend motivirt und sieht darin die greifbarsten Bürgschaften dafür, daß die regelmäßige und freie Bewegung des Schiffahrtsverkehrs auf der Donau ganz und voll aufrecht erhalten werde. Allgemein macht sich die Ansicht geltend, daß grade Rumänen bei einer solchen Anordnung am meisten in seinen Interessen und jedenfalls besser geschützt ist, als bei einem eventuellen Meinungskonflikt zwischen Serbien und Bulgarien. Von österreichischer Seite hat man mit Recht betont, daß der betreffende Vorschlag nur den tatsächlichen Verhältnissen Geltung verschaffen will, welche in den Donaufragen durch die Machtstellung Österreich-Ungarns an der unteren Donau und durch den Umfang seiner dortigen Interessen von vorn herein gegeben sind. Man erkennt an, daß die ganze Frage einen rein praktischen Werth und gar keine besondere politische Bedeutung hat und es ist nicht zu befürchten, daß Österreich-Ungarns ausgesprochene Absicht, unter keinen Umständen in dem Vorsitz der gemischten Donaukommission mit Rumänen abzuwechseln, oder gar das Präsidium mit Serbien und Bulgarien zu teilen, von irgend einer Seite bekämpft werden möchte. Es ist bekannt, daß die deutsche Regierung in dem österreichisch-ungarischen Vorschlage neben der Wahrung der eigenen Interessen dieses Staates bezüglich der Donaufrage auch jene der europäischen Ordnung und der Erhaltung von Handel und Verkehr der Donau als am besten gesichert anerkannt hat.

Der ungarische Ministerpräsident hat der „U. P.“ zufolge in der Angelegenheit des deutschen Theaters zu Pest dem Rekurs keine Folge gegeben, weil nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes die Ertheilung oder Verweigerung einer Theaterkonzession zu den Rechten der Stadtpräfanz gehöre und der Rekurs keine gesetzliche Motivierung enthalten habe. Der Beschluß der Stadtpräfanz ist demnach genehmigt, und gibt es kein deutsches Theater mehr in Pest. — In der Sonnabend stattgehabten Gründungs-Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses wurde noch vor der vollständigen Konstituierung des Hauses vom radikalen Abgeordneten Stefan Milos eine Interpellation an die Regierung bezüglich der in letzter Zeit vielbesprochenen Antisemiten-

verstorbene Künstlerin Nielson testamentarisch auch noch ein Paar Brillant-Ohrgehänge vermacht, gleichzeitig mit ihr wurden auch die Damen Minnie Hauck und Frau Ristori mit Brillantschmuck bedacht. Eine wahnschafft brillante Art künstlerischer Altersversorgungspflege.

Frau Anette Essipoff, die wir ja Ende Oktober hier in Posen begrüßen dürfen, hat im August innerhalb drei Wochen in Lissabon 11 Konzerte gegeben, bei stets ausverkauftem Hause; über Wiesbaden ging sie am 11. September nach London und beginnt Anfangs Oktober von Hamburg aus ihre Tournée durch Deutschland und das übrige zivilisierte Europa.

Auf einen für Posen nun schon fast zur Gewohnheit gewordenen Genuss dürfte man demnächst wohl verzichten müssen, wir meinen das Florentiner Quartett. Jean Becker wird von jetzt ab seine Konzerte mit seinen Kindern Jeanne, Hans und Hugo geben, die alte bekannte Firma verschwindet somit auch in ihrer alten Form vorläufig vom Programm. Zum Glück hat das leipziger Gewandhausquartett der Herren Schradiek, Bölland, Thümer und Schröder, vielleicht gerade in Berücksichtigung des Ausfalls der Florentiner, sich vorgenommen, in der bevorstehenden Saison sich fleißig auswärts hören zu lassen. Schon jetzt sind feste Engagements mit einer Menge Städte des mittleren Deutschlands abgeschlossen worden und liegt der Wunsch recht nahe, daß auch von den am hiesigen Orte mit derartigen Arrangements betrauten Kreisen eine Anregung ausgehen möge, um den nötigen Anklang beim Publikum brauchen zu wollen nicht besorgt zu sein.

Maurice Dengremont der berühmte junge Geigenvirtuose, weilt gegenwärtig in seiner eigentlichen Heimat Rio de Janeiro, sein erstes Debüt fand am 1. August bei denkbar möglichstem Enthusiasmus statt, andere folgten und Ruhm, Ansehen und Einnahmen wuchsen. War der liebenswürdige kleine Violinistreicher vielleicht auch dabei, wie seine edlen Landsleute den großen Streich spielten und in Rio de Janeiro Mozarts Don Juan in aller Form auszischen und austrommelten? und wie mag ihm dann das kleine Künstlerherz gezittert haben? Eine andere europäische, auch unserer Stadt speziell bekannte musikalische Größe, Sarafate, weilt gegenwärtig in ihrer engeren Heimat Spanien und absorbiert des Landes verdichtete Huldigungen. Was nach dieser Richtung aus dem heizblütigen Spanien berichtet wird, klingt ergötzlich übertrieben und doch jedenfalls wahr. Der Enthusiasmus läßt sich natürlich nicht in den Konzertraum banen und nimmt außerhalb nur um so groteskere Formen an;

liegt gerichtet. Der Kern des selben bestand in der Frage, welche Bewandtniß es eigentlich mit dem Gerichte habe, daß die Statuten der Antisemitenliga der Regierung unterbreitet und von dieser bestätigt worden seien. Doch war diese Anfrage in einem Tone gehalten, welcher vermutlich ließ, daß der Fragesteller die Regierung und ihr Partei eines Einverständnisses mit den Arrangeurs der Liga für fähig halte. Ministerpräsident Tisza sah sich deshalb veranlaßt, in seiner in der Dienstagsitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses erfolgten Interpellationsbeantwortung zunächst darauf zu verweisen, daß sowohl die Organe der liberalen Partei, wie jene der Regierung sich stets und mit aller Entschiedenheit gegen die jüdische Agitation ausgesprochen hätten. Doch verfüge die Regierung eines freien Staates über kein Mittel, eine von ihr missbilligte Richtung schon im vorhinein zu hindern, solange dieselbe nicht die Schranken des Gesetzes überschreitet. Zu dem meritorischen Inhalte der vom Herrn Abgeordneten Milos eingebrachten Interpellation selbst übergehend, bemerkte Tisza in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Meldungen der offiziösen Presse, daß der Statutenentwurf der Antisemitenliga der Regierung bisher noch gar nicht zur Genehmigung unterbreitet wurde und daher von ihr auch nicht bestätigt werden konnte. Weit wichtiger als diese Erklärung ist die Fixirung der allgemeinen Gesichtspunkte, von welchen sich die ungarische Regierung für den Fall einer Vorlage der Statuten eines Vereins vom Charakter der Antisemitenliga leiten lassen will. Wie Tisza bemerkte, könne das Motiv der Nichtbestätigung nicht darin liegen, ob der Zweck des Vereins nach Ansicht der Regierung korrekt oder inkorrekt sei. Wenn aber die Statuten eines Vereins vorgelegt würden, welcher dadurch, daß er Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Klassen, Nationalitäten und Konfessionen zu stiften sucht oder in irgend einer anderen Beziehung den Verfassungsgesetzen widerspricht, so werde die Regierung solchen Statuten unter allen Bedingungen die Genehmigung verweigern. Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß es die Regierung als ihre Pflicht ansehen werde, gegen jede Bewegung mit der ganzen Wucht des Strafgesetzes vorzugehen, welche, die Schranken einer bloß theoretischen Gröterung durch die Presse überschreitend, eine Heze gegen Konfessionen, Nationalitäten oder einzelne Bevölkerungsklassen anzustiften sucht.

Frankreich.

[In Frankreich] bildet die Frage bezüglich der Ausführung der Märzdekrete gegenwärtig wiederum einen wichtigen Gegenstand des Tagesinteresses. Wie der „Temps“ hervorhebt, stehen sich noch immer zwei Ansichten gegenüber, von denen die eine die unerträgliche Anwendung der gegen die nicht autorisierten Kongregationen erlassenen Bestimmungen fordert, während die andere die Auflösung der Jesuitenabteilungen vorläufig für ausreichend erachtet und das Ubrige dem neuen Verfassungsgesetzen überlassen will. Das Organ Gambetta's knüpft an diese Ausführungen des „Temps“ an, um den Nachweis zu führen, daß eine Zauderpolitik in der Deputirtenkammer sofort scharfe Zurückweisung erfahren müßte, und daß das Land dann bei den nächsten allgemeinen Wahlen seine Meinung deutlich kundgeben würde. Freilich muß zunächst die Entscheidung des tribuual des conflits hinsichtlich der von den Jesuiten geforderten Wiedereinsetzung in ihre Etablissements abgewartet werden. Die Blätter veröffentlichten in dieser Beziehung lang-

natürlich nahm in seiner Vaterstadt Pamplona alles nach dieser Richtung hin den gigantischsten Anlauf. Als er bei einem Stiergefecht in seiner Loge erschien, wurde er von einem allgemeinen Mützenbombardement empfangen. Tausende solcher wahrhaften Behauptungen seiner Größe mußte der so feierte dann eigenhändig zurückwerfen, wobei uns freilich unklar bleibt, wie der große Meister ohne Nummer und Kontremarke jedem Kopf das Seine wieder zurückstättet, oder hat vielleicht dieses Normalpublikum auch den engbegrenzten einheitlichen horizontalen Durchschnitt des Kopfes? Einst von einem Konzerte mit der bekannten menschlichen Bespannung heimgeführt, verlangte das Volk, das in den Konzerten nicht zu sein pflegte, daß er ihnen etwas spielle; der Meister tritt auf den Balkon heraus; aber es ist gerade Jahrmarkt in der Stadt, was für Geigenoli immer und stets ein störender Hintergrund gewesen ist. Aber das spanische Volk kennt keine Schwierigkeiten, in 5 Minuten war die letzte Drehorgel zum Schweigen gebracht und er begann.

Auf einem Stiergefechte wurde ihm sogar ein Stier gewidmet, das heißt zu seinen Ehren gespießt und getötet; dem mit Beifall und Zigarren (armes Denkblatt) überschütteten Stierfechter warf Sarafate seine silberne Zigarrendose zu. Nach Briefen Sarafates fängt ihm die Popularität an sehr unangenehm zu werden; überall von Volksmassen umtanzt wandelt er seine Palmenbahnen.

Da wir gerade bei den Personalien stehen, so erwähnen wir, daß das Mitgliederverzeichniß der diesjährigen Saison in Mainz drei uns Posenern bekannte Namen aufweist, Albin Jülicher, der Spielmeyer des vorigen Winters und Herr Moran, der Heldentenor, der vor 3 Jahren von hier nach Frankfurt kam, sich dort mit Fr. Olben vermählte, trotzdem aber nicht an Frankfurt gefestet bleiben konnte und drittens Fr. Wäser, dessen gefeierte Existenz schon das gestrige Morgenblatt dies. Ztg. registrierte.

Von den Opfern, die der unerbittliche Tod gefordert hat, erwähnen wir allen voran den greisen Virtuosen Ole Bull, dem der berühmte Dichter und Landsmann Björnsterne Björnsson eine ergreifende poetische Leichenrede hielt. Mit welcher patriotischen Hingabe die kleinen Nationen ihre Großen ehren, wenn sie ihnen das Schicksal spendet oder nimmt, das bewies auch diese Todtenfeier. Die Kriegsschiffe salutierten den irischen Resten und die Häuser in Bergen waren mit florimundeten Fahnen geschmückt. Unter den Heimgangenen erwähnen wir ferner: Ferdinand Nöder, den oft genannten Theater-Agenten, Albert Hahn, den bekannten Tonkünstler und Musikschriftsteller aus Königsberg, der lange Jahre die Zeitschrift „Ton-

athmige Memoires des Ministers des Innern, in denen der Standpunkt der Regierung gewahrt wird. Sowohl die Jesuiten von Paris als auch diejenigen von Lille haben den Rechtsweg beschritten und dem Minister des Innern und des Kultus Anlaß gegeben, in eingehenden Rechtsdeduktionen die Legalität der Märzdekrete zu verteidigen. In einem Memoire vom 17. September weist Herr Constans zunächst darauf hin, daß das tribunal civil von Lille, als es die Schadenersatzklage des Jesuitenpaters Marquigny gegen den Präfekten des Nord-Departements zuließ, in offenkundiger Weise das Prinzip der Trennung der Gewalten verletzt habe. Das wird auf Grund der Gesetzgebung und der von Seiten des tribunal des conflits ergangenen Urtheile erhärtet, da dem vertragten Präfekten kein persönliches Versehen zur Last gelegt wurde, vielmehr in der Person derselben die Minister und der Präsident der Republik, die Deputirtenkammer und der Senat getroffen werden sollen. „Die Richter von Lille“, schließt das Memoire, „haben sich in der Zeit geirrt, und das tribunal des conflits wird diese Konfusion hinsichtlich der angemachten Vorrechte nicht gestatten, welche die Unabhängigkeit der Exekutivgewalt vernichten müßte, die erste Bedingung ihrer Verantwortlichkeit und in Folge dessen auch die Voraussetzung für die Existenz des konstitutionellen und parlamentarischen Regimes in Frankreich.“

Großbritannien und Irland.

[Die englische Regierung] hat sich entschlossen, einen Preis von 1000 £. für die Entdeckung der Mörder des Lord Mountmorres auszusezen. Es soll diese Summe demjenigen ausgezahlt werden, der „innen sechs Monaten entsprechende Mittheilungen behufs Überführung der Mörder“ machen sollte und wird derselben, „wofern er bei der That betheiligt oder in sie eingeweiht war, freier Pardon zugesichert, vorausgesetzt, daß er nicht selber den Mord verübt habe.“ Hierzu sei bemerkt, daß die katholische Geistlichkeit in den unruhigen südlichen Grafschaften Irlands endlich Wiene macht, den dortigen Volksaufwiegeln, so viel in ihrer Macht liegt, entgegenzutreten und die Bevölkerung von der Kanzel herab gegen sie zu warnen.

Türkei.

[Die Nachrichten, die aus Athen angelangt sind,] lauten dahin, daß gegenwärtig bereits 37,000 Mann unter den Fahnen stehen. Die 20,000 alten Soldaten, welche die Armee ergänzen und auf die Stärke von 60,000 Mann bringen werden, sollen einberufen werden, sobald die Rekruten soweit eingebüßt sind, daß sie mit den übrigen Aktionselementen verschmolzen werden können. Die Regierung denkt das Werk der Mobilisation in zwei Monaten beendigt zu haben und den Feldzug in Epirus und Thessalien noch vor dem Schneefall beginnen zu können. Indessen wird dieser Feldzug schwerlich vor dem nächsten Frühjahr eröffnet werden können, weil die inneren Zustände Griechenlands die Aktion möglicherweise vertagen werden. Das Parlament, das schon einmal auf den 20. September zusammenberufen war, ist zwar jetzt auf den 21. Oktober einberufen, man zweifelt aber daran, daß dieser Termin eingehalten wird, weil das gegenwärtige Kabinett Tricoupis darauf steht, ohne die Mitwirkung der Nationalversammlung vorzugehen, von der es Schwierigkeiten für die Ausführung seiner Pläne befürchtet. In der That ist die Unzufriedenheit im Lande mit der Regierung im Steigen begriffen, und es giebt Personen, welche

kunst“ herausgab; er starb am 14. Juli zu Lindenau bei Leipzig. Gleichfalls Leipzig gehörte Ernst Ferdinand Wenzel an, der langjährige verdiente Lehrer des Klavierspiels am Leipziger Konservatorium; er war seinerzeit innig mit Schumann und mit Mendelssohn befreundet, durch letzteren kam er auch ans Leipziger Konservatorium; in Berlin starb am 5. September Hermann Kriegar, namentlich in Berlin als Komponist und kenntnisreicher musikalischer Schriftsteller bekannt. Dem im vorigen Jahre in Dessau verstorbenen so schicksalsreichen Sänger Franz Diener wurde kürzlich dafelbst ein Denkmal errichtet.

In aller Stille hat dieser Tage eine berühmte und bekannte Firma das Fest ihres hundertjährigen Bestehens gefeiert, wir meinen die Klaviersfabrik Erard in Paris. 60,000 Frs. wurden dabei unter die Arbeiter vertheilt. Ein in seiner Art immerhin seltes Jubiläum beging kürzlich Frau von Henn in Wien; sie sang am 7. September zum hundersten Male die Margarethe in Gounod's „Faust“; in derselben Rolle debütierte sie vor 13 Jahren in Wien unter der damaligen Direktion von Dingelstedt.

Wir möchten unseren Notizen zum Schlus auch noch die beifügen, daß der Sinn für deutsche Musik in England sich vielfältig zeigt und rege macht, dazu gehören auch die Übertragungen bedeutender deutscher musikalischer Werke; so erscheinen gegenwärtig in London Übersetzungen der berühmten Biographie Mozart's von Jahn und ebenso des Buches von Spitta über Sebastian Bach.

Breslauer Briefe.

Breslau, 3. Oktober.

Signatur der Stimmung und der Verhältnisse bei uns: immer noch trübe. Der Thermometer der guten Laune will immer noch nicht steigen, die Ungunst der Geschäftsverhältnisse nicht weichen und fast hört man jetzt öfter, als früher die stereotyp gewordene Klage: „Es ist kein Geld unter den Leuten“. Alles seufzt und jammert und am allermeisten der Direktor unseres Stadttheaters, Hillmann, welcher — einem on dit zufolge — bereits in den ersten 19 Tagen seit der Gründung 14,000 Mark zugelegt haben soll, eine Summe, von der wir — wie man es in Breslau gewohnt ist — meiner Ansicht nach die Hälfte getrost abhandeln können. Aber — davon abgesehen, wiederholte sich wieder die alte Geschichte. Die Herren Breslauer schimpfen, räsonniren und wizeln über das unglückliche Stadttheater, — aber hinein gehen sie nicht. Gewiß hat sich der Di-

eine Revolution in Aussicht stellen. Wie dem aber auch sein mag, die Rüstungen schreiten vormärts, und käme es wirklich zu einem Ministerwechsel, so würde dadurch die Aktion nur auf kurze Zeit aufgehalten werden.

Ebenso eifrig wie in Griechenland arbeiten nach der „Trib.“ die Bulgaren in Bulgarien und Rumelien an den Vorbereitungen zum Angriff auf die Türkei. Daß die Streitkräfte beider Länder auf 80,000 Mann bis zum Frühjahr gebracht werden können, scheint unzweifelhaft zu sein. Somit würde dann, die Montenegriner eingerichtet, eine respektable Macht bis zum nächsten Frühjahr den Türken gegenüberstehen, die kaum im Stande sein dürften, ihre inneren und äußeren Feinde zu besiegen, während sie durch weise Nachgiebigkeit und durch strikte Ausführung des Berliner Vertrages die inneren Schwierigkeiten bewältigen und gesetzt auf den Bestand Deutschlands und Österreichs ihre politische Existenz auf lange Zeit hinaus sicherstellen könnten.

Telegraphische Nachrichten.

Bpest, 5. Oktober. Szapary führte weiter aus, die ordentlichen Einnahmen seien seit 1875 um 30 Millionen gesteigert, wovon 12 Millionen auf Steuererhöhungen und 3^{1/2}/10 Millionen auf den ungarischen Theil an der Verzehrungssteuer-Restitution, 14 auf sonstige Steigerung der Einkünfte entfallen. Die Investitionen betragen pro 1881 14 Millionen. Da die Einnahmen schon bedeutend erhöht wären, eine Verminderung der Ausgaben Angefangen der auswärtigen Lage unthunlich sei, die Investitionen über eine gewisse Grenze hinaus nicht einzuschränken seien, so könne die Budgetvorlage kein günstigeres Bild bieten. Die österreichische Regierung sagte zu, Alles aufzubieten, damit der Gesetzentwurf, betr. die Erhöhung der Petroleumsteuer, baldigst Gesetzeskraft erhalten. Szapary beabsichtigt, eine Vorlage einzubringen, wonach die zu emittirenden Goldrentenmittel zu niedrigerer Verzinsung, als der sechsprozentigen, emittirt werden. Fernerhin sollen die Investitionen durch progressive Verwerthung der Staatsgüter bestritten werden. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der

„Posener Zeitung“.

✓ Berlin, 5. Oktober, Abends 7 Uhr.

London, 5. Oktober. „Bureau Reuter“ meldet aus Konstantinopel: Die Pforte erklärte in einer am 4. d. M. den Botschaftern zugestellten Note, sie sei, um dem fortgesetzten Drängen der Mächte nachzugeben, entschlossen, über alle schwedenden Fragen zu verhandeln, sie werde bemüht sein, die Albaner zur Übergabe Dulcignos unter den Mächten von ihr bereits mitgetheilten Bedingungen zu bestimmen. Sie schlägt zur Grenzregulirung mit Griechenland die Linie vor, welche nördlich von Volo beginne, südlich von Larissa, Megovo, Janina laufe und an der Mündung des Arta-Flusses endige. Die zugesicherten Reformen würden in Kleinasien innerhalb dreier Monate eingeführt werden. Die Reformen in der europäischen Türkei könnten nur insofern verwirklicht werden, als sie mit der Integrität des Reichs verträglich; die ausländischen Besitzer türkischer Schuldbölligationen würden aufgefordert werden, Delegirte nach Konstantinopel zu senden, um bezügliche Vereinbarungen zu treffen, gewisse Einnahmen des Reichs würden

rektor einen Theil der Schuld selbst zuzuschreiben, denn er hatte in voriger Saison ein völlig ungenügendes Schauspielpersonal zusammengestellt und sich dem lieben Publikum gegenüber nicht grade entgegenkommend gezeigt. Und das Publikum ist das empfindlichste und dabei maßgebendste Wesen. Es will zart behandelt, ja geschmeichelt sein.

Aber das Publikum sollte auch verzeihen können, — und vor Allem sollte es den Drang haben, sich erstens selbst Kunstgenüsse zu verschaffen und dann — soweit es ihm möglich, das erste Kunstinstitut einer Stadt wie Breslau zu erhalten. Aber nichts von alledem! Man hat die Preise der Plätze theilweise herabgesetzt, den Anfang der Vorstellung zu Gunsten des arbeitenden Publikums verschoben und neue, meist gute Kräfte für Oper und Schauspiel engagiert — umsonst — das Publikum läuft zu — Renz, der mit Pferden und Clown's eingezogen ist und trotzdem er nichts Neues bietet, doch geschäftlich reuissirt.

Da auch er eine Pantomine: „Der Rattenfänger von Hameln“ aufführt, so werden wir das interessante Schauspiel haben, Oper, Volksstück und Pantomine gleichen Namens mit einander konkurriren zu sehen. Wessen Pfeife wird es gelingen, die Meisten anzulocken?

Im Lobetheater gastiert die ewig gleiche Clara Ziegler. Es sind immer noch dieselben Gesten, dieselben schönen Posen, dieselbe Deklamation, — aber das breslauer Publikum, welches ihr eine Zeitslang die Sonne seiner Huld nicht hatte leuchten lassen, scheint ihr dieselbe wieder zugewendet zu haben. — Das Lobetheater gedenkt auch wieder die bisher vernachlässigte Operette zu pflegen und thut daran wohl, da es seine besten Lustspielkräfte — u. A. Fr. Hofmann und den sehr beliebten Komiker Wilhelmi verloren hat und nicht ersetzen konnte.

So indifferent, wie dem Theater gegenüber, ist es auch Breslaus Publikum der Politik. Sämtliche Wahlvereine schlafen seit vielen Monden und „der Fortschrittsverein“, eine Vereinigung, dem berliner Vereine Waldeck ähnlich, welche allein Versammlungen veranstaltet, wird selbst von der gleich- oder doch fast gleichgefürsteten Presse totgeschwiegen, damit die gute Stadt Breslau sich nur ja nicht beunruhige.

Alexander Meyer gehört zu den Sezessionisten, von Wachler erzählt man, er wolle sein Mandat niederlegen und von Severin weiß man nichts, also gerade ebensoviel, wie man von ihm wußte, eh' er gewählt wurde. — Eine gewisse Aufregung in fortgeschrittenen Kreisen brachte die Nachricht hervor, daß der Anteil des schlesischen Bankvereins an der gemäßigt fortgeschrittenen „Breslauer Zeitung“ in die Hände des Dr. Lion, des bisherigen

zur Bezahlung der Zinsen an die türkischen Gläubiger überwiesen werden. Die Pforte dringe unter Bedingung dieser Reformen darauf, daß die Flottendemonstration von den Mächten aufgegeben werde.

Nom. 5. Oktober. Der Justizminister theilte folgenden Erlaß den Generalprokuratorn mit: Die Jesuiten aus Frankreich suchten ihre Ordenshäuser in Italien wiederherzustellen. Die Regierung könne dies nicht dulden; in Italien seien in einigen Provinzen des Reiches seit 1848, in Toscana seit 1774 die gegen die Jesuiten getroffenen Verfügungen noch rechtsschäftig. Das Ministerium erwarte, daß diese Verfügungen gewissenhaft beobachtet würden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Liebesperlen von A. Petöfi mit Beiträgen namhafter Ueberseeger. Herausgegeben von Ludwig Aigner in Budapest. Die glühenden, blühenden Liebeslieder des so tragischen Geschick erlebten ungarischen Dichters, des Lieblings seiner Nation, werden dem deutschen Publikum hier in lesbbarer, z. Th. sehr guter deutscher Uebersetzung zugänglich gemacht.

* Illustrirte Naturgeschichte der Thiere. Von Ph. Leopold Martin. Mit zahlreichen trefflichen Illustrationen (in etwa 50 Heften à 30 Pf.). Bei F. A. Brockhaus in Leipzig. Heft 4 und 5 sind nunmehr erschienen.

* Spanien, Verlag von Gebrüder Paetel in Berlin. Von diesem Prachtwerk liegen uns die Lieferungen 14, 15 und 16 vor, Toledo und Cordoba umfassend. Das Buch nähert sich hiermit seiner Vollendung.

Zur Ueberflutung des Wartheßusses.

Die Nebelstände und Nachtheile, welche sich bei jeder größeren Ueberflutung der Warthe den Adjazenten, vor Allem aber der Stadt Posen fühlbar machen, haben, soweit dabei eine Gefährdung der gesundheitlichen Verhältnisse in Betracht kam, eine gründliche Prüfung zuerst im Jahre 1865 anlässlich der im Januar des gedachten Jahres in der Posener Garnison ausgetragenen Typhusepidemie erfahren. Es ist durch die betreffende Kommission, an welcher sich außer den Delegirten hieriger Verwaltungsbehörden der Geheime Oberbaudirektor Wiebe und der vortragende Rath im Ministerium für Medizinalangelegenheiten, Dr. Housselle, betheiligt, eine genaue Ermittlung aller der Missstände, welche aus sanitären Gründen einer Beseitigung bedürfen, vorgenommen und hierbei festgestellt worden, daß nur kurze Straßentrecken tiefer als 14 Fuß am Warthepegel liegen und daß jede die Höhe von 14 Fuß überschreitende Ueberschwemmung den größeren Theil der am Wartheufer liegenden Grundstücke zunächst rücksichtlich der Kellerräume unter Wasser setzt und eine längere Unbewohnbarkeit auch der Parterrelodä zur Folge hat.

Wenn schon im Jahre 1785 die Warthe bis zur Höhe von 19 Fuß 7 Zoll gestiegen sein und 1698 gar die nur durch Anlegung von Wehren und Mühlen im Warthebettie, sowie durch die damalige wilde Holzflößerei erklärbare abnorme Höhe von 24 Fuß 9 Zoll erreicht haben soll, so überschritt doch der Fluss vom Jahre 1816 ab den damaligen höchsten Stand von 16 Fuß erst am 28. März 1830 nach einem schneereichen, außerst kalten Winter mit 17 Fuß 10 Zoll. Während der dazwischenliegenden 14 Jahre erreichte die Warthe nur 10 Fuß am 8. Februar 1822, und 1827 am 19. März 10 Fuß 3 Zoll und blieb für die übrigen Jahre unter diesem Stande zurück. Vom Jahr

Führers der Nationalliberalen, übergegangen sei. Da aber die Redakteure der Zeitung dieselben bleiben und damit auch die gleiche Haltung derselben gesichert ist, beruhigte man sich bald wieder, zumal man merkte, daß der neue Theilhaber sein besonderes Augenmerk auf die geschäftlichen Angelegenheiten der Zeitung richtet, welche immerhin eine gewisse Aufregung vertragen können.

Für die nächstjährige hiesige Industrieausstellung werden besonders umfassende Vorbereitungen getroffen. Hoffentlich wird sich das hiesige Comité einige trübe Erfahrungen des Liegnitzer zu Nutze machen und den Beteiligten nicht soviel Veranlassung zu Klagen geben, wie dieses. Auch müßte betreffs der Lotterie etwas coulanter verfahren werden, wie in Liegnitz, wo eine Reihe von Gewinnen verlost wurden, welche kaum das Porto lohnen. So gewannen in Hoyna 26 Herren, welche zusammen 26 Lose spielten — ein Paar Hosenträger von geringem Werthe. Die Herren wollen den Gewinn abwechselnd benutzen und „tragen“ so zu den Untosten der Liegnitzer Ausstellung bei.

Eine kleine, aber wahre Anekdote zum Schlus.

Hochzeit ist's. In langen Reihen sitzen die Gäste, die Herren im landesüblichen Frack mit weißer Krawatte, die Damen geschmückt, theilweise ausgeschnitten. Nur einige Stühle sind leer geblieben. Es herrscht bereits eine animierte Stimmung. Da plötzlich erscheint ein feiner Herr in tadeloser Toilette, grüßt nach links und rechts und nimmt einen der leeren Stühle ein, mit vielem Appetit die Speisen, welche ihm nachservirt werden, verzehrend. Er plaudert mit den Herren, ist gegen die Damen liebenswürdig, betheiligt sich nach der Tafel eifrig am Tanze. — Plötzlich entsteht eine Bewegung unter den Gästen. Eine blonde, erst kürzlich verheirathete Dame stürzt todtenbleich auf ihren Gemahl zu und erzählt ihm, daß der ebenerwähnte Herr sie auf die Schultern geklopft habe und sie um ein Rendezvous ersucht. Der entsetzte Ehemann zieht — nicht seinen Säbel, er ist friedlicher Kaufmann — aber sein Lorgnon und will eben den Herrn zur Rechenschaft ziehen, da entsteht ein Gemurmel und alle Welt frägt: „Ja, wer ist denn der Herr eigentlich?“ Der Bräutigam, der aus einer Provinzialstadt ist, fragt den Schwiegervater und dieser ihn. Niemand kennt den Fremden. Darauf Hinauswurf. Er hat sich eben einen „kleinen Ju“ gemacht, gut und billig gespeist und getrunken und wer weiß ob überhaupt jemand gemerkt hätte, daß er nicht zur Gesellschaft gehöre, hätte er sich durch sein Betragen nicht selbst verrathen.

Plautus.

1830 ab feierten Überflutungen, welche das Maß von 14 Fuß überschritten, in kürzeren Zeiträumen wieder. Der höchste Wasserstand betrug am 30. Januar 1834	14 Fuß 9 Zoll,
13. März 1838	15 " 2 "
28. März 1841	15 " 3 "
7. April 1845	17 " 8 "
8. März 1846	15 " 1 "
26. Februar 1850	20 " 6 "
15. April 1853	15 " — "
11. Dezember 1854	14 " 1 "
1. April 1855	21 " 5 "
13. Februar 1867	13 " 7 "
2. März 1871	18 " 6 "
und 1876	18 " 7 "

Man darf annehmen, daß, als man im Jahre 1808 zur Zeit der herzoglich Warschauischen Regierung in Posen eine neue, die Stadt mit der Wallischei verbindende Brücke über die Warthe schlug, man bei ihrer Anlage die Erfahrungen, welche man während einer langen Reihe von Vorjahren rücksichtlich des höchsten Wasserstandes gemacht, sich werde zur Lehre haben dienen lassen und daß hiernach die angenommene Pegelhöhe von etwa 18 Fuß ausreichen würde; auch, daß nach dem großen Brande 1803 die Bürger der Stadt, welche an der Gr. Gerberstraße zur Errichtung neuer Wohnhäuser schritten, sie so hatten herstellen wollen, daß Wasserschäden ihnen nicht leicht nachtheilig werden könnten. Diese Momente sprechen dafür, daß man zu Anfang des laufenden Jahrhunderts ähnliche Wartheüberflutungen, wie solche seit dem Jahre 1830 sich wiederholten, nicht gekannt haben mag. Ob die Festungsbaubehörde, als sie etwa im Jahre 1831 zur Errichtung der sogenannten großen Schleuse am Schillingsthore schritt und die Pfeiler bis zum Anfang der Bögen nur bis zur Pegelhöhe von 16 Fuß 6 Zoll führte, eine gleiche Vorsicht gebraucht haben mag, darf schon darum bezweifelt werden, weil sie es unterlassen, dem lichten Raum zwischen den einzelnen Pfeilern eine solche Weite zu geben, wie sie das Interesse der Schiffahrt, namentlich der Holzfößerei, schon damals erforderte und wie es jetzt der intendirte Dampffschleppschiffssverkehr bedingt. Es kann in dieser Beziehung auf die Verhandlungen, welche zwischen den betreffenden Behörden wegen Einführung einer Schiffahrtsordnung etwa im Jahre 1853 geschwebt haben, und auf die Wünsche und Forderungen Bezug genommen werden, welche in neuerer Zeit rücksichtlich der Erweiterung des Profils zwischen den Brückenpfeilern laut geworden sind.

Diejenigen unserer Mitbürger, welche sich der Miswirthschaft, die in den Privatwaldungen der Provinz geherrscht hat, noch erinnern, werden es, wenn der Entwaldung die Veranlassung zu häufigeren und in höherem Maße wiederkehrenden Überschwemmungen zur Last gelegt werden muß, erklärlich finden, wenn gerade vom Jahre 1830 ab die Überflutungen der Warthe sich mehrten. Von da ab begann das Niederschlagen ganzer Wälder, welches, wie bekannt, sich auf alle nicht im Besitz des Staates oder großer Herrschaftsinhaber befindlichen Güter ausgedehnt hat. Das Allgemeine Landrecht wollte der Walderverwüstung durch das Gebot einer geordneten Forstwirtschaft (§ 83 Tit. 8 Thl. I) zwar eine Schranke setzen, das Kulturredit vom 14. Sept. 1811 hat diese Einschränkung jedoch wieder aufgehoben. Man muß nun, weil sich die Wiederbewalzung namentlich solcher Flächen, welche vermöge Getreidebaues einen größeren Ertrag als die Holzkultur bringen, nicht empfiehlt, auch sich ohne Eingriffe in das freie Eigenthum nicht erzwingen läßt, mit den Folgen dieser sich wohl auf den ganzen Lauf der Warthe und Prosna, sowie aller ihrer Nebenflüsse von ihrem Ursprunge in Polen und beziehentlich Schlesien ab erstreckenden Bloslegung, rechnen. — Die Überschwemmungen werden beim Zusammentreffen der ihnen zu Grunde liegenden Bedingungen von Zeit zu Zeit wiederkehren. Ohne Zweifel hätte sich der letzte verlebte Winter mit einer größeren Überflutung verabschiedet, wenn die mächtige Schneemasse nicht auf ein frostfreies Erdreich gefallen, von der Sonne an den vielen heiteren Tagen nicht auf- und bei dem ohne nachhaltigen Regen eingetretenen Thauwetter vom Erdreiche, zu einem großen Theile nicht eingeflossen worden wäre. Tritt bei hoher Schneelage ein mit heftigem Winde verbundenes längeres Thauwetter ein, dann wird wie am 20. Februar 1850 (20 Fuß 6 Zoll Wasserhöhe) fast unzweifhaft eine ungewöhnliche Anschwellung der Warthe folgen. Die auch in kultureller Beziehung äußerst nachtheiligen Folgen der Entwaldung werden durch Korrigirung der vielen kleinen, der Warthe und Prosna angehörigen Nebenflüsse (in letzter Zeit ist dies mit dem schrodaer und miloslawer Fließ geschehen), durch das Streben der Landwirthe, mittels Schlagens tiefer Gräben sich des Frühjahrswassers und durch Drainage des Grundwassers möglichst schnell zu entläufen, wesentlich vermehrt und auch durch die vielen Chausseegräben erweitert. Wäre dies anders und wären zu den Wolkenbrüchen, welche in diesem Sommer im Bereich der Prosna niedergefallen sind, nicht heftige und langandauernde Land- und Gewitterregen im Warthegebiete hinzutreten, die Warthe wäre im eben abgelaufenen August zur Höhe von 10 Fuß 2 Zoll nicht angewachsen, das Sinken des Wassers wäre andererseits nicht so langsam von Statten gegangen, wenn der hohe Wasserstand der Oder eine rasche Aufnahme des Warthewassers nicht verzögert hätte.

Bon Interesse ist die Erörterung der Frage: ob und in welchem Maße die verschiedenen Terrainveränderungen und Bauten, welche im Warthethale und oberhalb Posens von der polnischen Grenze ab und an der Warthe selbst vorgenommen worden sind, von einem nachtheiligen oder günstigen Einfluß auf den freier oder beschränkter gewordenen Lauf der Warthe seit dem Jahre 1830 gewesen waren oder noch sind. — Als ein derartiges Bauwerk ist zunächst die vor etwa fünfzig Jahren über die Warthe bei Neustadt geschlagene Brücke und im Anschluß hieran der Chausseedamm anzuführen, der durch das Warthethal in der Richtung auf Schroda und Miloslaw geschüttet worden ist. Hieran reiht sich die Errichtung der Brücken

durch die Dels-Gnesener und die Posen-Creuzburger Eisenbahngesellschaft bei Dembno, Sulencin und am Eichwald bei Posen. Diese Brücken, mit den sich daran schließenden Dämmen und namentlich letztere, mögen sich wohl dem freien Laufe der über die Ufer gestiegenen Warthe hemmend und die Umgegend schädigend entgegengestellt haben, und in der That läßt sich dies rücksichtlich des Dammes bei Sulencin und am Eichwalde nicht in Abrede stellen, auch wenn man den Klagen der mit ihren Be schwerden zurückgewiesenen Anwohner nicht vollen Glauben schenken wollte. Die bis dahin nicht gekannte Versandung der Ländereien am Eichwalde unterstüzt ausreichend die Annahme der schädlichen Rückwirkung der mit unzureichenden Durchlässen versehenen Dämme. Ohne die bezeichneten Bauwerke würde in Fällen rapiden Anstiegens der Warthe das Wasser noch viel wuchtiger, weil weniger behindert, auf die Stadt Posen hin seinen Lauf nehmen und die betreffenden Stadttheile noch mehr, als dies in letzter Zeit geschehen, schädigen. Von wesentlich nachtheiligem Einfluß auf den freien Lauf der Warthe sind jedenfalls für Posen die Festungswerke geworden und geblieben. Der Bau derselben hat im Jahre 1828 begonnen. Die Warthe hatte bis dahin blos die Wallischeibrücke zu durchlaufen um sich dann sofort über das bei Dwinsk und weiter reichende Thal in gerade Richtung ausbreiten zu können, diese gerade Richtung mußte der Biegung weichen, welche die auf wasserfreiem Boden errichtete große Schleuse am Schillingsthore nötig machte und durch welche die Warthe nach Fertigstellung geleitet wurde. An diese Schleuse schloß sich die am Dome vorbeiführende Wallstraße, unterbrochen durch die sogenannte große Überfallbrücke, an deren Stelle die durch die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft für ihre und Festungszwecke neu errichtete Brücke getreten ist. Die fragliche Wallstraße reicht bis an das Bromberger Thor, sie wird in ihrem Fortgange von einer Brücke über die Cybina unterbrochen, gleichzeitig aber von Festungswällen und dem Fahrdamm der Posen-Bromberger Eisenbahn in einer Weise begleitet, die im Falle einer Überschwemmung der Warthe dieser nur den Absluß durch die große Schleuse, vor welche im Jahre 1873 die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft noch eine Brücke eingesetzt hat, durch die in der bezeichneten Wallstraße befindliche Eisenbahnbrücke und durch die Cybinabrücke am Dome gestattet. Diesen Durchfluß muß die Warthe dann suchen, wenn sie, über 8 Fuß gestiegen, über den Berdychowor Damm sich ergießen muß. Der Berdychowor Damm, dem Chronisten Lukaszewicz zufolge zum Schutz der Wallischei vor Überflutungen der Warthe in unvorstellbarer Zeit errichtet, erfüllt diese Bestimmung von den in den Jahren 1830 und 1834 erfolgten Durchbrüchen und der unterlassenen Wiederherstellung des Dammes ab nicht mehr; bestände derselbe undurchbrochen heut noch, die Wallischei würde bei den seit jenen Jahren sich häufenden Überschwemmungen weniger zu leiden gehabt haben. Die erheblich veränderte Richtung des Flussbettes, die Verengung desselben, so wie die darauf hin von der Fortifikation angelegten überbrückten Durchlässe, gestatten die Schließung des Berdychowor Dammes nicht mehr. Gesteigert wird die Schädlichkeit der Überschwemmung, wenn sich mit ihr, wie im Jahre 1876 bei einem Wasserstande von 18 Fuß 7 Zoll am Brückepiegel der Wallischei, ein Eisgang verbündet; wenn das Eis sich vor der großen Schleuse aufstürmend, die ja schon bei einer Wasserhöhe von 16½ Fuß zum Hemmnis wird, und diese vollends verstopft. In solchem Falle wird auch die an Stelle des großen Überfalls getretene Eisenbahnbrücke und ebenso die im Jahre 1838 vollendete, über die Cybina am Dom auf 8 nahe zusammengelegten Pfeilern ruhende Schleuse, ein dem Eisabgang sich entgegenstellendes Objekt. Dieser Sachverhalt kann, beim Zusammentreffen der Hochfluth mit dem Eisgang, die Stadt in solcher Höhe unter Wasser setzen, wie dies beim Nichtvorhandensein der Brücken und Schleusen nicht möglich wäre. Im Jahre 1876 hat, wie damals verlautete, der Magistrat, doch wohl nur, um den schädlichen Einfluß der Festungswerke festzustellen, während der Überschwemmung an den verschiedenen Brücken und Durchlässen zu gleicher Zeit Messungen vornehmen lassen. Es wäre wohl von Interesse zu erfahren, ob sie die hier gemachten Rückschlüsse unterstützen.

Eine vollständige Beseitigung der vorgeschilberten, die Überflutungen der Warthe für Posen verschärfenden nachtheiligen Folgen ist nach Lage der Verhältnisse nicht erreichbar; in wie weit aber eine Milderung dieser offebaren Kalamität möglich, ist eine in das technische Gebiet fallende Aufgabe, deren Lösung sich wieder nur eine Kraft unterziehen kann, welcher alle zur Beurtheilung der Angelegenheit nötigen Materialien zu Gebote stehen. — Dem Laien aber scheint eine Abhilfe möglich, wenn das Fluthprofil der großen Schleuse eine entsprechende Erhöhung erhält und wenn gleichzeitig der lichte Raum zwischen den Pfeilern auch im Schiffahrtsinteresse erweitert wird, was allerdings nur bei Wegfall mehrerer Pfeiler ausführbar sein würde.

Das Gesetz vom 30. Mai 1873, betreffend die Geldmittel zur Umgestaltung und Ausrüstung der deutschen Festungen, bestimmt im Artikel IV zwar nur, daß, „sofern in deutschen Reichsfestungen (also auch in Posen) die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Thorbrücken und Thore im Laufe der Zeit als unzugänglich für diesen Verkehr sich erweisen“, die betreffenden Gemeinden einen Anspruch auf Erweiterung der Thorbrücken und Thore auf Kosten des Reichs erheben können, freilich nur, wenn ein fortifikatorisches Interesse nicht entgegensteht. Bei wörtlicher Auslegung dieser Bestimmung, die eine solche in der Angelegenheit, betreffend den Bau eines neuen Thores an der Ritterstraße, schon gefunden haben soll, würde man auf dieselbe nicht zurückgehen können; aber es kann sich bei dem Vorhandensein einer von der Stadt nicht verschuldeten Notlage nicht um die buchstäbliche Auslegung des Gesetzes, sondern um den Zweck und die Absicht, zu welchem und in welcher dasselbe erlassen worden ist, handeln.

Als das dem Berdychowor Damm gegenüber liegende Fort Nadziwill errichtet wurde, sprach man davon, daß es in der Ab-

sicht der Fortifikationsbaubehörde gelegen habe, die beiden Nebenfälle zu überbrücken und die Sohle derselben niedriger zu legen. Zu bedauern ist das Unterlassen dieses Planes; derselbe würde ja eine Tieferlegung des ganzen auf den Durchlaß vor dem Dome und nach der Cybinaschleuse hin zu schaffenden Gerines und damit einen viel früher als bisher eintretenden Abzug der Hochfluth und des Eisens von der Wallischeibrücke und der großen Festungsschleuse zur Folge gehabt haben. — Ob die Tieferlegung in der vielleicht nicht tief genug angelegten Fundamentirung der Durchlaß- und Brückenpfeiler ein Hinderniß jetzt findet, verdient erwogen zu werden.

In einem gelegentlich folgenden Artikel soll auf die Punkte zurückgekommen werden, die in dem von der Eingangs erwähnten Kommission konstatierten Gutachten als theilweise Ursache des ungünstigen Gesundheitszustandes im Jahre 1865 bezeichnet werden finden.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 5. Oktober.

— **Stadttheater.** Das Repertoire der Woche ist folgendes: Mittwoch, den 6.: Sommernachtstraum. Donnerstag, den 7.: Rosa und Roschen. Freitag, den 8.: Braut von Messina. Sonnabend, den 9.: Nathan der Weise.

r. **Militärisches.** Die Reise des Generalstabs des V. Armeekorps, welche am 20. d. Ms. begann, erreichte gestern ihr Ende. Die auswärtigen Offiziere, welche an der Reise theilgenommen hatten, reisten heute von hier ab.

* **Personalien.** An Stelle des erkrankten Landgerichtsraths Wackerlin ist der Gerichtsassessor Studemund und an Stelle des zum Oberlandesgericht einberufenen Landgerichtsraths Reyl der Gerichtsassessor Wenrich an das hierige Landgericht berufen.

r. **Pferdebahn in Krakau.** Der hiesige Kaufmann Julian Reichstein bewirbt sich gegenwärtig um die Konzession zum Bau einer Pferdebahn in Krakau. In Lemberg und Warschau bestehen bereits derarige Bahnen.

r. **Der Handwerkerverein.** hielt nach längerer Sommerpause seine erste Sitzung am 4. d. M. ab. Redakteur C. Rötel, der Vorsitzende des Vereins, eröffnete dieselbe mit mehreren geschäftlichen Mittheilungen. Während der Sommerpause ist die Bibliothek des Vereins geordnet und ein neuer Katalog angefertigt worden; derselbe zeigt, daß die Bibliothek den an eine gute Volksbibliothek zu stellenden Anforderungen in vollstem Maße entspricht und besonders viele für die Handwerker (speziell auch für das Kunsthandwerk) sehr wertvolle Werke enthält. Der Vorsitzende schloß seine Mittheilungen mit der Aufforderung, die Bibliothek nach Möglichkeit zu benutzen und dablin zu wirken, daß auch die Vorträge während des kommenden Winters möglichst zahlreich besucht werden. — **Gerichts-Sekretär Blumenthal** hielt hierauf den angekündigten Vortrag über praktische Anwendung der neuen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875. Redner ging davon aus, daß eines der besten Gesetze, welche je geschaffen worden sind, das Allgemeine Landrecht, allmälig, gemäß den Forderungen des Kulturfortschritts und der veränderten Verhältnisse, Gebräuche und Sitten, durch neuere Gesetze durchlöchert worden sei, so daß gegenwärtig kaum noch die Hälfte davon stehen geblieben. Zu diesen neueren Gesetzen sei auch die neue Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 zu rechnen; da über dieselbe im Vereine bereits ein Vortrag gehalten worden (vom Landgerichtsrath Czwalina), so wolle er sich darauf beschränken, über die praktische Anwendung derselben Mittheilungen zu machen. — Der Hauptunterschied zwischen alter und neuer Vormundschaftsordnung besteht darin, daß nach der alten der Vormundschaftsrichter die Aufficht und Verwaltung der Vormundschaft zu führen hatte, nach der neuen dagegen die Verwaltung, insbesondere aller Vermögensobjekte des Mündels, dem Vormund überwiesen sei. Zwar sei die Besorgniß, daß, wenn der Vormund nicht ein fester Charakter sei, das Vermögen des Mündels durch die neue Einrichtung leicht gefährdet werden könne, nicht unbegründet; aber dafür habe die neue Vormundschaftsordnung eine gewisse Kontrolle gegeben, zunächst durch den Gegenvormund, den der Richter ernennen könne. Dieser Gegenvormund habe den Vormund zu kontrollieren; insbesondere bedürfe er seiner Genehmigung: 1) zur Veräußerung von Wertpapieren; 2) zur Einziehung, Abtreitung oder Verpfändung von Kapitalien, sofern dieselben nicht bei Sparfassen belegt sind; 3) zur Aufgabe oder Minderung der für eine Forderung bestellten Sicherheit; in Fällen, wo eine Einigung zwischen Vormund und Gegenvormund nicht erfolge, habe das Gericht zu entscheiden. Ferner bedürfe es der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes in einer ganzen Reihe von Fällen, welche § 42 der Vormundschaftsordnung namhaft macht. Außerdem habe das Gesetz dem zu bildenden Waisenrathe die Aufgabe übertragen, die Erziehung der Mündel zu beaufsichtigen. — Wenn nun auch nicht zu leugnen sei, daß das Vermögen des Mündels bei der früheren Einrichtung in manchen Fällen besser gesichert war, als durch die jetzige Einrichtung, so habe die neue Vormundschaftsordnung doch jedenfalls das Gute, daß sie den Vormund freiere Bewegung gestatte und ihn nicht mit so vielen Umständlichkeiten und Scheerereien belästige, wie dies früher der Fall. — Der Vortragende beleuchtete nun einige Fälle aus der Praxis, und erläuterte, wie die Vormundschaft in diesen Fällen geführt werde. Wenn das Mündel kein Vermögen besitzt, so falle dem Vormund die Aufgabe zu, sein Wort daentreten zu lassen und die Rechte des Mündels wahrzunehmen, wo es erforderlich sei. Sei aber Vermögen vorhanden, und führe die hinterbliebene Gattin, die Mutter des Mündels, die Gütergemeinschaft weiter, dann habe der Vormund einzuschreiten, sobald das Interesse des Mündels gefährdet erscheine. Sind beide Eltern gestorben, und habe der Vormund das Vermögen des Mündels zu verwalten, so müsse er die baaren Gelder mit pupillarischer Sicherheit anlegen, und dürfe in keinem Falle etwas davon zu seinem Nutzen verwenden. Auch müsse er alljährlich über die Vermögensverwaltung dem Gegenvormunde und dem Gerichte Rechnung legen, und beim Mündigwerden des Mündels alsdann diesem und dem Vormundschaftsgerichte die Schlussrechnung erstatzen. Der Vortragende erörterte ferner die Vormundschaft über Großjährige, welche eintritt, wenn dieselben für geisteskrank oder für Verschwender erklärt, oder wenn sie taub, stumm oder blind sind, wies sodann darauf hin, daß bei umfangreichen Vormundschaften, wenn der Gegenvormund damit einverstanden sei, dem Vormund ein Honorar bewilligt, derselbe auch durch testamentarische Bestimmung von der jährlichen Rechnungslegung befreit werden könne, jedenfalls aber die Schlussrechnung legen müsse; auch wurde auf die Pflegshaft hingewiesen, die darin besteht, daß die in väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehenden Personen einen Pfleger für Angelegenheiten erhalten, bei welchen die Ausübung der väterlichen oder vormundschaftlichen Rechte erforderlich ist, aber aus thatfächlichen oder rechtlichen Gründen nicht stattfinden kann. Zum Schluß wurde die Institution des Familienrats erörtert, welche die frühere Vormundschaftsordnung nicht kannte; der Familienrat, der in bestimmten Fällen gebildet werden kann und dessen Vorsitzender der Vormundschaftsrichter ist, vertrete das Vormundschaftsgericht; die Einsetzung derselben empfiehlt sich besonders in dem Falle, wenn es sich um ein sehr bedeutendes Vermögen handelt. — An diesen mit Berfall aufgenommenen Vortrag knüpften sich eine lebhafte Debatte, an welcher sich besonders Mechanitus Förster, Buchdruckerei-Faktor Förster, Vandgerichts-Sekretär Blusse, Thierarzt Herzberg und Gerichts-Sekretär a. D. Blumenthal beteiligten. Auch wurden von Letzterem mehrere im Fragefall befindliche Fragen beantwortet.

Deutscher Lehrerverein. Vom geschäftsführenden Ausschusse des deutschen Lehrervereins zur Leitung der Volksschule erhalten wir folgendes „Eingesandt“:

In Folge der Verdächtigungen, welche die Bestrebungen des Deutschen Lehrervereins zur Leitung der Volksschule in letzter Zeit vielfach erfahren haben, sieht sich der unterzeichnete geschäftsführende Ausschuss veranlaßt, den folgenden Bericht über die wichtigsten Punkte in unserer Vereinstätigkeit zu geben. Die Ziele unseres Vereins sind in unserem Vereinsstatut wie folgt gekennzeichnet: § 1) „Der Deutsche Lehrerverein“ bewirkt die Förderung der Volksbildung durch Leitung der Volksschule und erstrebt im Einzelnen: 1. Eine der Wichtigkeit der Schule entsprechende Stellung derselben im Staate; 2. die Leitung der Bildung des Lehrerstandes; 3. eine dem jetzigen Standpunkte der Pädagogik entsprechende Organisation des Unterrichts; 4. eine zweckmäßige Ausstattung der Schulen; 5. eine Befolzung des Lehrers, welche mit der Bedeutung seines Berufes im Einklang steht; 6. die Leitung und Beaufsichtigung der Schule durch Fachmänner.“ Entsprechend diesen Bestimmungen hat der Verein während der Zeit seines nunmehr neunjährigen Bestehens unter anderem die folgende Tätigkeit entwickelt: 1) Er hat die deutschen Lehrertage zu Erfurt, Magdeburg und Hamburg in's Leben gerufen, auf welchen von autorisierten Vertretern der bedeutendsten Lehrervereine des deutschen Reiches verschiedene, das Erziehungs- und Schulwesen betreffende Fragen („Simultanschulfrage“, „Grenzen der Staats- und Gemeinderechte auf die Volksschule“, „Lehrerbildung“, „Lehrerinnenfrage“ etc.) eingehende Verathungen erfahren haben. 2) Durch Ausstellung von Fragebogen an die Einzelvereine wurde umfangreiches Material für eine in Aussicht genommene Besprechung des erwarteten preußischen Unterrichtsgesetzes beschafft. 3) Zur Herbeiführung einer weiteren Ausbildung der Lehrer wurden wissenschaftliche Vorlesungen und Fortbildungskurse in Berlin, Hamburg, Magdeburg, Königsberg, Posen und a. a. o. gegründet und erhalten. 4) Um dem Publikum, den Schulbehörden und den Lehrern eine Übersicht über die vorhandenen Lehr- und Veranschaulichungsmittel zu ermöglichen und zur Herstellung von noch zweckmäßigerem Unterrichtsmaterial die Veranlassung zu geben, wurden plannmäßige und mit eingehenden Berichterstattungen verbundene Ausstellungen sowie stehende Schulmuseen in Berlin, Leipzig, Hamburg, Magdeburg, Königsberg, Stettin und anderwärts ins Leben gerufen. 5) Aus dem seit mehreren Jahren vom Vereine herausgegebenen Jahrbuche, welches neben literarischen und statistischen Mittheilungen namentlich Berichte bringt über die Tätigkeit der einzelnen Landes-, Provinzial- und Bezirksvereine, ergibt sich, daß allein im Vereinsjahr 1879 in den größeren Verbänden des Deutschen Lehrervereins 382 Vorträge gehalten wurden, ungerichtet die Vorträge in den Lokalverbänden und zahlreiche Referate. Von den genannten 382 Vorträgen sind 220 näher charakterisiert und zwar behandelt 8 die Schule im Allgemeinen, 17 den Lehrer, 138 Fragen der Erziehung und des Unterrichts, 48 wissenschaftliche Einzelheiten u. s. w. 6) Neben den Bemühungen für eine Besserstellung der Lehrer, ihrer Emeriten und ihrer Hinterbliebenen (z. B. durch die „Wilhelm-Augusta-Stiftungen“) hat der Verein durch Gründung von Konsumvereinen, von Spar- und Vorschustkassen in den einzelnen Verbänden, namentlich aber durch Abschluß eines noch keiner Beamtenkategorie gleich günstig gebotenen Vertrages mit der Berlin-Kölner Feuerversicherungsgesellschaft für das materielle Wohl des Lehrerstandes gewirkt und hoffentlich gelingt es ihm, durch Errichtung einer durch eingehende Verathungen vorbereiteten, auf der Basis der Selbsthilfe beruhenden eigenen Lebensversicherungsanstalt noch Weiteres zu erreichen.

XX Nakel, 4. Oktober. [Graf Kasimir Potulicki.] Sattendorf. Unerwartet starb heut Nacht um 1 Uhr plötzlich nach 40stündigem schweren Leiden der Rittergutsbesitzer Graf Kasimir von Potulicki auf seinem eine Meile von hier entfernten Gute Potulic, im Alter von 59 Jahren. Der so früh Dahingeschiedene war Mitglied des preußischen Herrenhauses und stand bei den Bewohnern unserer Gegend in hohem Ansehen, weshalb der so unerwartet eingetretene Todesfall allgemeine Theilnahme gefunden. Die Beiseitung der Leiche in die Familiengruft zu Potulic findet Donnerstag, den 6. d. Monats statt. Seit mehreren Tagen hatten wir häufige Regenwetter. Auf die Wintersaat hat dasselbe einen sehr günstigen Einfluß ausgeübt, weshalb dieselben für die jetzige Jahreszeit einen sehr schönen Stand haben und in ihrem frischen Grün weithin schimmern.

Aus dem Gerichtsaal.

C. Posen, 2. Oktober. [Schwurgericht. — Notzucht.] Gestern wurde zuerst unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den 18 Jahre alten Schweinetreiber Stöbe aus Schröda wegen Notzucht verhandelt. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden und zu 1½ Jahren Gefängnis, von denen 2 Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft verhübt erachtet wurden, verurtheilt.

Sodann begann die Verhandlung gegen den des betrügerischen und einfachen Bankrofts angeklagten Kaufmann Abraham Loewy aus Posen, die heute ihr Ende erreichte. Der Angeklagte hat im Jahre 1858 bei seiner Verheirathung das am Alten Markt Nr. 100 im Laden 5 (Judenstraße) befindliche Manufakturaaren-Geschäft seines Schwiegervaters übernommen und dasselbe bis zu seinem am 16. Dezember 1878 eingetretenen Konkurs, verbunden mit einem Kleidergeschäft, fortgeführt. In das Handelsregister ist die Firma des Angeklagten nicht eingetragen gewesen; derselbe hat jedoch ein offenes Geschäft unter der Firma „Abraham Loewy“ geführt, in dem jährlich etwa für 35,000 Mark Waaren umgesetzt wurden. In den Jahren 1858–72 hat der Angeklagte nach seinem eigenen Geständnis weder Handelsbücher geführt, noch Bilanzen aufgestellt. Die erste aufgefundenen ist vom 31. Dezember 1872. Dieselbe ergibt eine Ueberbilanz von 2788 Thlr. 17 Sgr. 11 Pf., wobei der Werth seines Ladens, den der Angeklagte in Erbpacht hatte und später für 3600 M. verkauft, nicht eingerechnet ist. Die Ueberbilanz ist eine so große, trotzdem der Angeklagte durch den bekannten Litthauer'schen Konkurs und durch Spekulationen mit Börsenpapieren bedeutende Verluste erlitten hatte. Mit Börsenpapieren spekulierter der Angeklagte seit 1870 in erheblichem Umfang. Seine hierauf bezüglichen Geschäfte

Submission. Das auf der Schulstraße belegene alte städtische Schulhaus soll öffentlich meistbietend auf Abbruch verkauft werden und steht hierzu am 8. Oktober er,

Vormittags 11 Uhr, Termin im Baubureau des Rathauses Stube Nr. 15 an, woselbst die Bedingungen einzusehen sind.

Posen, den 5. Oktober 1880.

Der Magistrat.

Handelsregister. In unser Firmenregister ist unter Nr. 1996 die Firma P. Salomon zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Philipp Salomon zu Posen zufolge Verfügung von heute eingetragen.

Posen, den 5. Oktober 1880.

Königl. Amtsgericht. Abtheilung IV.

Beehre mich ergebenst anzuzeigen, daß ich unter der

Fritz Bremer

in hiesigen Platze, Wilhelmstraße 23 (Mylius' Hotel), ein
offenes Verkaufsstöck errichtet und mein Lager an
importirten Havana-, Hamburger
und Bremer Cigarren sowie
Cigarretten bester Firmen
bedeutend vergrößert habe.

Mein neues Unternehmen einer gütigen Beachtung
empfiehlt

hochachtungsvoll

Fritz Bremer,

früherer Geschäftsführer in Mylius' Hotel.

Lotto
er Errichtung eines Provinzial-Krieger-Denkmales
in der Stadt Posen.
Ziehung am 30. November d. J. in Posen.
Loose à 1 Mark

in der Stadt Posen: in den Cigarrenhandlungen von Theodor Neumann, Friedrichsstr. Nr. 30, F. Neumann, Wilhelmsplatz Nr. 8, Karl Heinrich Ulrich, Breslauerstr. Nr. 4, und bei den Kaufleuten Herren Emil Brünne, Wasserstr. Nr. 28 und N. Kahlert, Wasserstr. Nr. 6; in der Provinz: bei den Vorständen der Krieger- und Landesvereine und in den Büros der Herren Landräthe und Distriktskommissarien.

Cigarren! Cigarren! Cigarren!

Eine große Auswahl von Nestparthen in Bremer und
hamburger Cigarren im Preise von 50, 60, 75, 80, 100—150 M.
pro Stück, sowie echte Cap-Cigarren à 50 M., echte Bahia
à 60 M., in Original-Packung von 500 St., auch in kleineren
Quantitäten, offeriert die

Haupt-Cigarren-Niederlage von

J. Neumann, Posen, Wilhelmsplatz 8.

für die Herren Landwirthe und Kartoffellieferanten empfiehlt

Kartoffel-Sortir-Maschine

(Patent Janicke).

Dieselbe sortirt bei leichter Handhabung und bedeutender
Geschnelligkeit 3 Größen Kartoffeln und sondert den Boden aus.
Schale der Kartoffel wird nicht, wie bei dem Cylinder-System,
absondert.

G. Ueberschaar, Görlitz.

C. Stempel, Kürschnermeister,

Alter Markt Nr. 87, 1 Treppe,

wobei durch vortheilhafte Einkäufe alle in mein Fach schlagende
Gegenstände, als: Pelzgarmenten in Nerz, Litsis, Skongs, Bisam etc.,
Sorten Damensutter, sowie Herbst- und Wintermützen zu billigsten

Preisen.

Vollkommen wasserdichte Wetterzieher und Reise-Mäntel

reinen steirischen Schafwoll-Loden, in grau, braun oder schwarz
farbig.

Ein leichter Wetter-Mantel mit Kapuze 12 M.

Ein dto. Reise- oder Jagd-Mantel mit Kapuze 18 M.

Ein dto. Kaiser-Mantel oder Wetterzieher 21 M.

Ein Kaiser-Mantel von dicken Loden,

warm gefüttert, 28—40 M.

Ein Havelock 28—40 M.

Eine häusliche Kappe 18—30 M.

Ein moderner Damen-Paleto 18—30 M.

■■■■■ wasserdichte Steirer-Hüte ■■■■■

seinen weichen oder geftiften Loden, sehr praktische Kopfbedeckung für

Herren, Damen oder Kinder 4½—6½ M.

Alle Gattungen Fabrik- und Bauern-Loden, modernisiert, ge-

feigten Lodenstoffe, vollkommen wasserdicht, werden per Meter oder

seitigen Kleidungsstück gegen Postnachnahme prompt ge-

setzt von der Tuchfabrik und Niederlage

Joh. Günzberg, Graz, Steiermark.

D. R. Billigste Betriebskraft für kleinere Werkstätten,

Aufzüge, Pumpen, Sä-

gen, Druckereien, Kaffeebrenner, Mühlen etc.

Gasmotoren von 1½—1 pferdekr.

einfachster, solidester, vielfach verbesserte Konstruktion,
mit patentirt. Zündvorrichtung, ohne Wasser-
führung und Vorwärmung, fertig montirt ver-
sandt, in jeder Etage ohne besond. Fundament
leicht aufstellbar, liefern auf Probe und unter
Garantie

Buss, Sombart & Co., Magdeburg.

Dieselben liefern ferner Gas-Erzengungs-Apparate, amerik.
Konserven und Pumpen aller Art. Zahlreiche Zeugnisse und
Dressen, wo Motoren in Betrieb, stehen zur Verfügung.

Damen- Tuchstoffe zu Kleidern, Regenmänteln und
Mantelets in den neuesten Mustern u. jedem be-
liebigen Quantum zu Fabrikpreisen. Muster franco.

R. Rawetzky, Sommersfeld.

— 7 —

Bau für Landwirthschaft und Industrie Kwilecki, Potocki & Comp.

in POSEN.

Rechenschaftsbericht
der persönlich haftenden Gesellschafter
für das Jahr
vom 1. Juli 1879 bis 30. Juni 1880.
Zehnter Jahrgang.

A. Brutto-Bilanz per 30. Juni 1880.

	Debet.	Credit.	Debet.	Credit.
Cassa-Conto	9,875,840 14	9,806,759 66	69,080 48	—
Grundkapital-Conto	—	2,268,600	—	2,268,600
Reserve-Fonds-Conto	—	86,146 12	—	86,146 12
Außerordentl. Reserve-Fonds-Conto	—	42,034 35	—	42,034 35
Efecten-Conto	1,394,074 55	1,395,352 48	—	1,277 93
Wechsel-Conto	2,687,082 55	2,206,104 24	480,978 31	—
Lombard-Conto	138,223 25	121,309 35	16,913 90	—
Commissions-Conto	2,979,990 15	3,033,290 21	—	53,300 06
Zinsen-Conto	86,412 29	186,591 43	—	100,179 14
Deposten-Conto A.	151,728 87	220,964 67	—	69,285 80
Deposten-Conto B.	14,907 60	21,162 65	—	6,255 05
Deposten-Conto C.	82,037 80	540,238 90	—	458,291 10
Sparkassen-Conto	76,084 24	519,990 34	—	443,906 10
Dividenden-Conto pro 1875/6	396	1,854	—	1,458
Dividenden-Conto pro 1876/7	512	672	—	160
Dividenden-Conto pro 1878/9	104,272	105,868	—	1,596
Einrichtungskosten-Conto	3,607 75	—	3,607 75	—
Handlungskosten-Conto	31,602 77	126 78	31,475 99	—
Immobilien-Conto	325,836 26	—	325,836 26	—
Conto des Rittergutes Gola	147,551 36	—	147,551 36	—
Conto des Rittergutes Morowica	182,412 80	—	182,412 80	—
Conto des Gerbereigrundstücks zu Wronke	166,089 09	200	165,889 09	—
Contocorrente-Conto	19,674,854 53	17,566,250 82	2,108,603 71	—
	38,123,516	—	38,123,516	—
	3,532,349 65	—	3,532,349 65	—

B. Gewinn- und Verlust-Conto pro 1879/80.

	Debet.	Credit.
Zinsen-Conto	—	100,179 14
Commissions-Conto	—	53,300 06
Efecten-Conto	—	2,177 93
Einrichtungskosten-Conto 10 Proz. Amortisation	360 77	—
Handlungskosten-Conto	31,475 99	—
Dividenden-Conto 4 Proz.	90,744	—
Reservefonds-Conto	5,512 73	—
Inhaber-Tantieme-Conto	11,025 46	—
Superdividenden-Conto ½ Proz.	15,124	—
Reservefonds-Conto (Bruch-Div.)	1,414 18	—
	155,657 13	155,657 13

C. Netto-Bilanz per 1. Juli 1880.

	Debet.	Credit.
Cassa-Conto	69,080 48	—
Grundkapital-Conto	—	2,268,600
Reservefonds-Conto	—	94,531 03
Außerordentl. Reservefonds-Conto	—	38,420 10
Efecten-Conto	900	—
Wechsel-Conto	480,978 31	—
Lombard-Conto	16,913 90	—
Deposten-Conto A.	—	69,235 80
" " B.	—	6,255 05
" " C.	—	458,201 10
Sparfassen-Conto	—	443,906 10
Dividenden-Conto pro 1876/77	—	160
" " 1878/79	—	1,596
" " 1879/80	—	105,868
Einrichtungskosten-Conto	3,246 98	—
Immobilien-Conto	325,836 26	—
Conto des Ritterguts Gola	147,551 36	—
" " Morowica	182,412 80	—
Gerbereigrundstücks zu Wronke	165,889 09	—
Coatocorrente-Conto	2,102,989 46	—
Inhaber-Tantieme-Conto	—	11,025 46
	3,495,798 64	3,495,798 64

Bekanntmachung.

Bei dem Artillerie-Depot zu Glogau soll auf dem Submissionswege die Lieferung von:
4 Geschirrgerüsten à 3,21 m.
lang, 2,74 m. hoch,
1 Sattelgerüst 2,80 m. lang,
2,40 m. hoch,
1 Repatorium zu Futteräcken
2,70 m. lang, 1,30 m. hoch,
0,62 m. tief mit 4 Fächern,
1 Repatorium zu Geschütz-
behör, 3,51 m. lang, 2,34 m.
hoch, 1,00 m. tief mit 6
Fächern,
13 Lager zu Geschützröhren
à 2,80 m. lang — zu jedem
Lager 2 Böcke und 4 Bolzen
vergeben werden. Es ist hierzu ein
Termin auf

Donnerstag,
den 21. Oktober 1880,
früh 9 Uhr,
im Bureau des Artillerie-Depots —
St. Michaelaferne — festgesetzt
worden, bis zu welcher Zeit die
Unternehmer versiegeln öfferten mit
der Aufschrift „Submission“ auf die
Lieferung von Geschirrgerüsten und
Lagern für Geschützröhre“ abzu-

Fröbel'scher Kindergarten.

Der Unterricht in meinem
Kindergarten beginnt Montag,

den 11. October er.
Anmeldungen von Kindern im
Alter von 3—6 Jahren nimmt

täglich entgegen.

Anna Rabsilber.

Mein Fröbel'scher Kindergarten
befindet sich jetzt

St. Martin 24, 1. Etage.
Anmeldung nimmt täglich entgegen

Anna Michel.

Anmeldung für den hebräischen
Privat-Unterricht, wie auch für den
Unterricht zur Vorbereitung zur

Bar Mizwah nimmt entgegen
Stern, Gr. Gerberstr. 28.

Nachlesestunden in allen Unter-
richtsgegenständen erhältlich billig.
Nachzufr

P. P.

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich, Ihnen die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich mit dem heutigen Tage

Wilhelmstraße 5, im Hause der Herren J. P. Beely & Co., ein Special-Geschäft in Sammet- und Seidenwaaren, sowie sämtlichen Besatzstoffen

eröffne.

Vielfährige Erfahrungen, die ich mir auch im Hause des Hoflieferanten Herrn Moritz Sachs in Breslau erworben, und genügende Mittel, sowie meine Verbindungen mit den ersten Geschäftshäusern des In- und Auslandes setzen mich in den Stand, den Ansprüchen des geehrten Publikums nach jeder Richtung hin zu genügen.

Es wird mein Bestreben sein, stets das Neueste zu bieten und werde ich mich bemühen, durch aufmerksame und streng reelle Bedienung mir die Zufriedenheit meiner geehrten Abnehmer zu erwerben.

Indem ich mein Unternehmen Ihrem Wohlwollen bestens empfohlen halte, zeichne
Hochachtungsvoll

P. Salomon,
Wilhelmstraße 5.

Auf Wunsch frankirte Probesendungen nach Auswärts.

Importierte Havanna-Cigarren
1878er Ernte, in vorzüglicher Prima-Waare, offerre in einigen
Reisen à 150 M. pro Mille.
1879er Ernte, in hochreiner Qual., von 180, 200, 250, 300, 400,
500—1000 M. pro Mille.
Havanna-Ausschluß in bekannter Güte pro Mille 40, 50, 60,
75 und 100 M.
Haupt-Cigarren-Niederlage von

J. Neumann, Posen, Wilhelmsplatz 8.

Haasenstein & Vogler,
Erste und älteste Annoncen-Expedition
Breslau

(in Posen Nathan L. Neufeld)

Wilhelmstr. 14, Ecke Bergstraße,
besorgen zu Originalpreisen ohne alle Nebenkosten:
Kaufs- und Verkaufs-
Anzeigen,
Stellen-Gesuche,
in alle Zeitungen der Welt.

Fr. engl. Austern, fr. **Pr. Lotterie** 1. Klasse
Helg. Hummern u. Stein-
butt, böhw. Fasaren,
fr. u. ger. Rheinlachs,
extraff. Chester, Roque-
fort, Brie-Käse etc. etc.

Tyrol. Rosmarin-
Apfel u. Birnen,
fr. span. Trauben, fr.
Alg. Blumenkohl, feinste
Schooten, Spargele,
Schneidebohnen, Carot-
ten etc. etc. in Büchsen.
Bestellungen prompt u.
billigst

Jacob Appel,
Wilhelmsstr. 7.

Schles.

Gebirgs-Preiselbeeren
in ihrem eigenen Saft, sowie auch
mit Zucker präparirt,
Magdeburg. Sauerkohl,
Senf- u. Pfefferkukken
empfiehlt

S. Samter jr.

Lotterie Baden-Baden.
Hauptgewinn i. W. 60000 M.
ev. 54,000 Mark baar.
Original-Losse à 10 Mark,
11 Stück 100 Mark bei
Gebr. Henrich i. Breslau.

13. u. 14. Oktbr.
Hierzu Anteilloose à 14 M., à 7
M., à 3,50 M., à 1,75 M. ver-
sendet **H. Goldberg**, Lotterie-Kom-
tore, Berlin, Neue Friedrichsstr. 7.

W. Beste Gänseleberwurst
empfiehlt

A. Krojanker.

Kartoffel,
glatte Waare, übernehme z. Verlauf.
Jul. Kamcke, Hamburg.

Für Kartoffeln aller
Sorten lege ich die
höchsten Preise an und
bitte um gefällige Of-
ferten.

Louis Peysner,
Samter.

Rothe weißfleischige und
weiße Speckkartoffel so-
wie Fabrikkartoffel franco
Bahnstation Kauf

M. Werner, Posen.

1 ordentl. Flügel oder Pianino
wird sofort zu mieten gewünscht.
Off. sub **W. v. M.** postlagernd.

Klinik vom Staate conce-
ssionirt zur Aufnahme und Behandlung f.

Haut- & Syphiliskranke,
Breslau, Gartenstr. 460.

Sprechst. V. 8—9. N. 4—5. In der
Wohnung Gartenstr. 33a V. 10
bis 12, N. 2—4, auch Sonntag.

Dr. Höning, Dirigent,
pract. Arzt.

Ein gut erhaltenes
Cabriolet
wird zu kaufen gesucht. Offert.
zu richten. an d. Exped. d. Btg.

JOHANN HORACEK,
Klavierstimmer,
Posen, Berlinerstraße 14.

Meine Wohnung befindet sich
bei Herrn Berkoski.

M. Mebus,
Uhrenmacher,
Optiker u. Juwelier
in Rosen.

Meine Schuhmacher-Werkstatt
befindet sich vom 1. Oktober d. J.

Alter Markt Nr. 43.

J. Tobinski,
Schuhmachermeister.

Meine Wohnung befindet sich von
heute ab:

Neustädter Markt 10, part.

Jacob Berwin

Meine Werkstatt für

Buchbinderei,

Galerie- u. Ledearbeiten befindet
sich seit dem 1. Oktober d. J. Wil-
helmsplatz 17, neben der königlichen
Kommandantur.

P. Wilcke,

Buchbindermeister.

Meine Wohnung befindet sich jetzt

Alter Markt 40, 3. Et.

Newerla,

Gebämme.

Feine Wäsche wie auch Wäsche
zum Plätzen nimmt an Frau

Markowska, Halbdorffstr. 15, im

Hofe, eine Treppe, früher Schützen-

straße 5.

Pensionnaire finden gute und

billige Aufnahme Paulskirchstraße 1,

1 Treppe.

1 israelit. Schüler findet noch

Aufnahme in meinem Hause. Anlei-

tung bei den häusl. Arbeiten wie

hebr. Unterricht im Hause.

A. Schmidt in Breslau,

Stern, Gr. Gerberstr. 23.

Kleine Großengasse 8, part.

Nationalliberaler Verein
Montag den 11. Oktober, Abends 8 Uhr,
im Lambertz'schen Saale:
General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1) Geschäftliche Angelegenheiten.
- 2) Beratung und event. Beschlusssitzung über die Stellung des Vereins zur gegenwärtigen Lage der nationalliberalen Partei.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet die Vereinsmitglieder
ergebenst ein

Der Vorstand.

Restaurant Jesuitenstr. 11

(früher Volkmann).

Heute Mittwoch Röckfleisch, Sau-

fahl und Erbsen.

Mittagstisch 60 Pf.

Oscar Wipf.

20 Mark Belohnung

erhält Derjenige, welcher einen an-

Freitag, den 1. Abends, abhäng-

gekommenen kleinen gelben

Binscher abgibt Bärkerstr. 12.

Bei unserem Umzuge nach Berlin

sagen allen Freunden und Bekannten

ein herzliches Lebewohl.

Eduard Nathan

nebst Frau.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 6. Oktober 1880

5. Vorstellung

im Oktober-Abonnement.

Auf allgemeinen Wunsch zum dritten

Male:

Mit gänzlich neuen Dekora-

tionen, Kostümen und Requisiten.

Ein Sommernachtstraum.

Uttspiel in 5 Akten von Shakespeare

übersetzt von A. W. von Schlegel.

Musik von Mendelssohn-Bartholdy.

B. Heilbronn's

Volksgarten-Theater.

Mittwoch, den 6. Oktober ex.

König Allgold.

Romant. Dram.

mit Musik in 5 Akten und 1 Vo-

spiel.

Die Direktion.

B. Heilbronn.

Auswärtige Familien-

Nachrichten.

Verlobt: Frau Anna Goldwe-

geb. Subr mit Herrn Benno La-

mann in Berlin. Fräul. Man-

Werner mit Lieutenant Ge-

Krausnick in Berlin. Fräul. Lou-

Schmogrow mit Bau-Aufse-

herrn Krumbey in Rottbus. Fräul. Al-

Richter mit Kaufmann Karl Fal-

in Guben und Frankfurt a. M.

Fräul. Helene Fürst mit Lieuten-

Drecker in Berlin. Fräul. Am-

Wrede mit Dr. med. Otto Cre-

in Mergentheim und Statt-

Fräul. Anna Wrede mit Lieuten-

Hans Blaurock in Halberstadt un-

Magdeburg. Fräul. Cathinka ne-

Nordeck mit Kapitän-Lieutenant

der Kaiser. Marine Boltzman

Arnim in Schwerin und Riel.

Berehelicht: Fr. Max San-

mit Fr. Helene Köppner. Fr. L.

Wasserbau-Inspektor Ludwig Fre-

ling mit Fr. Katharina Bernhard.

Fr. Ernst Oberhardt mit Fr. An-

Carmesin. Fr. Rudolph Möses mit

Fr. Minna Pohlmann. Fr. Lieu-

nant Weisbrodt mit Fr. Mar-

ion. Fr. Rector Otto Scheib-

mantel mit Fr. Rosalie Kieckeb-

huis in Bierraden-Luckau. Fr. Haupt-

Rudolph von Henden mit Fr. Hel-

en Konopacka in Trier-Wiesbaden.

Fr. Lieutenant Heinrich Abegg

Fr. Emmy Couppete in Trier.

Lieutenant von Grolmann mit Fr.

Cathinka Alfeld in Mainz.

Apotheker Benedict Eichen mit Fr.

Josephine Bungs in Gräfrath-Bü-

llingen.

Geboren: Ein Sohn den Herrn

Sally Cohn in Berlin. August

Spazier in Berlin.

Gestorben: Schauspieler Plotow

Herrn Albert Rath Sohn Georg